

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: ... monatlich 1,30 M., ...

Ersteigter 1916.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die ...

Telegraphen-Adressen: ...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Telefon: Amt Nordplatz, Nr. 151 90-151 97.

Samstag, den 11. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Telefon: Amt Nordplatz, Nr. 151 90-151 97.

Pfingsten.

Als das Fest der Ausgiehung des heiligen Geistes wird von der christlichen Kirche Pfingsten begangen.

Und als der Tag der Pfingsten erfüllt war, waren sie alle einmütig beisammen; und es geschah schnell ein Brausen vom Himmel, als eines gewaltigen Windes, und erfüllte das ganze Haus, da sie saßen.

Sie entsetzten sich aber alle und wurden irre, und sprachen einer zu dem andern: Was will das werden? Die andern aber hatten ihren Spott, und sprachen: Sie sind voll süßen Weines.

Wie seltsam mutet diese biblische Pfingsterzählung, in der naive Weltanschauung uralte Menschheitssehnsucht nach dem „Reiche Gottes“, einem Reiche des Friedens und der Menschheitswohlfahrt, gestaltete, in diesen Zeiten an, wo eine Welt in Waffen gegeneinander tobt, wo viele Millionen im Werke der Selbstvernichtung gegeneinander wüten.

In „Blut und Feuer und Rauchdampf“ hat es in den nun bald vollendeten zwei Kriegsjahren wahrlich nicht gefehlt.

Das wird von der historischen Einsicht der europäischen Menschheit abhängen. Furchtbar tobt zurzeit noch der Völkerkrieg, und wenn es allein auf die öffentlichen Kundgebungen der Kriegführenden ankäme, hätten die Pessimisten ein Recht, noch mit unabsehbarer Kriegsdauer und, nach dem sogenannten Frieden, mit dauernder Völkerzerklüftung, mit schonungslosem Wirtschaftskrieg, mit schrankenlosem kolonialen Ausweitungsdwang, mit steigertem imperialistischen Konkurrenzkampf, mit schrankenlosestem, neues Unheil gebärenden Weltkriegen zu Wasser, zu Land und in der Luft zu rechnen.

Solchen Pessimisten begegnen wir auf den verschiedensten Seiten. Im Lager der Imperialisten und Nationalisten, die nur die „realen Garantien“ der Kanonenschlünde, der Dreadnoughts und der stärksten Bataillone als Friedensoder je nachdem auch als Siegespfand gelten lassen und den Krieg trotz der entsetzlichen Erfahrungen dieser zwei Jahre für einen unentbehrlichen Bestandteil der göttlichen Weltordnung halten.

Und man wird zugehören müssen: Beide Teile können sich mit Recht auf die furchtbaren Erfahrungen der Geschichte, den bisherigen Verlauf der kapitalistischen Entwicklung beziehen. Die Imperialisten und Nationalisten haben Recht

behalten, und nicht minder die Sozialisten, die alle bürgerlichen Völkerverbrüderungs- und Abrüstungsprojekte als weltfremde Utopien mit beißendem Spott übergossen haben.

Dennoch: alle Lehren der Vergangenheit haben ihre zeitliche Grenze. Wer wollte behaupten, daß das, was nie zuvor war, auch in Zukunft nicht Wirklichkeit werden könnte? Sind nicht aus den kleinen schweifenden Herden der Wilden, die sich in ewigen Stammeskriegen zerfleischt, in sich gefriedete, mächtige, nach vielen Millionen zählende Nationalstaaten geworden? Und wäre der Fortschritt vom Familienverband, von der Horde zum Nationalstaat — und wir haben auch schon zahlreiche internationale Staaten — etwa geringer, als es der Fortschritt vom Nationalstaat zum internationalen Staatenverband wäre?

Selbst unsere fanatischsten Nationalisten rechnen ja für die Zukunft mit ganzen Mächtegruppen, mit internationalen Wirtschaftskörperschaften und Staatenverbänden. Es kommt also nur auf den Umfang und die Gruppierung dieser internationalen Verbände an; diesen selbst haftet auch nach Ansicht unserer Imperialisten durchaus nichts Utopisches an.

Viel weniger noch können Sozialisten die Idee des internationalen Zusammenschlusses der Nationen mit dem Argument abtun, daß das etwas noch nicht Dagewesenes und darum Irrealisierbares sei, ist doch erst recht der Gedanke der Bergesellschaftung der Produktionsmittel und der wahrhaften proletarischen Internationale etwas, was im Weltgeschehen völlig neu und unerhört wäre. Und doch fällt es keinem Sozialisten ein, aus dem bisherigen Verlauf der Geschichte die Unmöglichkeit der Verwirklichung der Ideale des Sozialismus zu folgern.

Darin freilich haben Nationalisten und Sozialisten recht, daß das innerste Wesen des Kapitalismus und imperialistischen Nationalismus bisher die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den Nationen und Nationalitätengruppen aufs äußerste zugespitzt und schließlich bis zur Katastrophe dieses Weltkrieges getrieben hat und daß aus diesen Erfahrungen wenig Vertrauen zu einem künftigen friedlichen Ausgleich zu fassen ist. Wie nun aber, wenn die Weltkatastrophe dieses Krieges, um das vom Reichkanzler gebrauchte, äußerst treffende Wort immer wieder anzuwenden, nunmehr den Beweis lieferte, den nächstern, harten, schlagenden Tatsachennachweis, daß die imperialistische Konkurrenz und ihre letzte Wesensbestimmung, der Krieg, der Weltkrieg, mit seinen militäristisch-imperialistischen Mitteln erst recht nicht zu einer, sei es auch nur zeitweiligen Entspannung führte, sondern geradezu nach einer neuen Lösung drängte? Wie, wenn die ultima ratio die Kanonenschlünde in diesem Falle völlig versagte, wenn das Schwert den gordischen Knoten diesmal nicht zu durchhauen vermöchte, sondern wenn der Staatsmannskunst die Lösung des Problems der Nebeneinanderarbeit der Nationen Europas vorbehalten bliebe? Wenn diesmal die „Federn“ der Diplomatie nichts zu „verderben“, sondern erst einzureißen hätten, was das allzu jäh aus der Scheide gezückte Schwert vergebens zu erreichen versuchte?!

Der Gedanke der Abrüstung, der internationalen Schiedsgerichte, war unstreitig so lange eine Utopie, ein müßiges Gedankenspiel, eine platonische Einbildung, als der Imperialismus und Militarismus als Werkzeug der nationalitätspolitischen Interessengegensätze mit ihren realen Machtmitteln eine reinliche und klare Entscheidung herbeizuführen hoffen konnten. Aber in dem Augenblick, wo diese scheinbar realen Mittel versagen, wo die Waage der Macht der Bajonnette unablässig schwankt und trotz aller Ausschläge stets wieder ins Gleichgewicht zurückkehrt, wird er zur ehernen geschichtlichen Realität und die militaristischen Machtmittel verblasen ihrerseits zu ideologischen Schemen. Als Ergebnis des dauernd unentschiedenen Zusammenpralls erlangt der Gedanke des Ausgleichs und der Abrüstung die ausschlaggebendste realpolitische Bedeutung, erscheint er als letzte und einzige Lösung des sonst unlösbaren Interessentkonflikts!

Sicherlich: Manchen Militärstaaten würde solch ein Ergebnis des grandiosesten geschichtlichen Ringens der stärksten Waffenmächte der Weltgeschichte erheblich wider den Strich gehen. Rußland mit seinen unerschöpflichen Menschenreserven und seinen unbegrenzten wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten würde eine Rüstungsbeschränkung im Grunde ebenso unangenehm empfinden, wie England eine Einschränkung seiner Flottenrüstung, die seiner absoluten Seeherrschaft ein Ende machte. Aber der Druck der Wirtschaftsknotens und die völlig neue Konstellation der Mächte würde ihm das Zugeständnis ebenso abringen, wie es den Weltbeherrschungspanthasten anderer Nationen Jügel anlegen würde.

Wegen der Durchführbarkeit solcher internationaler Abmachungen brauchte man sich aber vollends keine grauen Haare wachsen zu lassen. Zuverlässige Kontrollinstanzen wären mit Leichtigkeit zu schaffen. Denn wenn schon heute der Stand der militärischen Rüstungen für alle Staaten kein

Geheimnis war, so würde der international zu regelnde Kontrollapparat um so leichter und zuverlässiger funktionieren, als alle Staaten, auch die kleinen neutralen Staaten, daran aufs lebhafteste interessiert wären und jeder illoyale Versuch der Täuschung alsbald entlarvt und vor das zuständige internationale Forum gezogen werden könnte.

Wenn auch das Wort, daß wo ein Wille vorhanden sei, auch stets ein Weg zu finden wäre, häufig eine zweifelhafte Banalität darstellen mag, so würde es für die angebotenen internationalen Vereinbarungen doch vollste Geltung beanspruchen dürfen. Wäre erst die fundamentale Verständigung erzielt, so böten die Abmachungen im einzelnen sicher nicht die geringsten Schwierigkeiten. Auch der sozialistische Einwand, daß dem Kapitalismus mit seinen Zwietracht erzeugenden Tendenzen nicht über den Weg zu trauen sei, fände dadurch seine Erledigung, daß gerade darum eben alle Kräfte der sozialen Demokratie in den schärfsten Ueberwachungsdiens dieser Vereinbarungen gestellt werden müßten. Die prinzipielle Entschiedenheit des proletarischen Emanzipationskampfes erleide durch die Verbreitung des proletarisch-demokratischen Betätigungsfeldes doch wahrhaftig keine Verminderung, gleichviel, durch welche Umstände die breitere Basis erreicht worden wäre.

Es wäre sehr zu wünschen, daß unsere Politiker und Parlamentarier diesen Gedanken, die im neutralen und feindlichen Ausland von verständigen Beobachtern des Weltkrieges längst eingehend erörtert werden, einmal gründlich nachgehen würden. Wahrscheinlich würde dann der Ausweg aus dieser Weltkatastrophe rascher gefunden werden, als wenn man den Ereignissen noch länger fatalistisch zuschaut.

Sicherlich haben heute dessen noch viele ihren Spott: „Sie sind voll süßen Weines.“ Aber wir antworten gelassen mit Petrus: „Denn diese sind nicht trunken, wie Ihr wähnet; sintemal es ist die dritte Stunde am Tage.“ Und im andern Sinne, wenn nicht alles trügt, die elfte Stunde dieser Weltkatastrophe!

Klarheit und Wahrheit.

Ein Rückblick auf die letzte Reichstagstagung.

II.

Ueber die angebliche innere Wandlung der Sozialdemokratie im Kriege waren infolge der von ihrer Vertretung im Reichstage gehaltenen Stellungnahme gar wunderliche Vorstellungen in Umlauf gekommen. Die letzte Frühjahrstagung des Reichstags hat mit ihnen bereits zu einem guten Teil wieder ausgeräumt. Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat die Vertretung entschiedener sozialdemokratischer Politik im Reichstage wiederum ermöglicht und dadurch ist allmählich auch das in der Geschichte schon recht schwankend gewordene Charakterbild der Sozialdemokratie wieder in einen festen Rahmen gebracht. Sowohl im bürgerlichen wie im eigenen Lager findet man sich allmählich wieder zurecht. Als die Arbeitsgemeinschaft gegründet wurde, da wurde sie in der Mehrheitspresse unserer Partei als ein lebens- und aktionsunfähiges Gebilde hingestellt, das in kurzer Zeit wiederum zerfallen werde. Ihre Mitglieder wurden in wenig parteigenösslicher Weise als Idioten, Trottel, Faulenzer und Nichtswisser charakterisiert. Nur einzelnen von ihnen wurde gnädigst zugestanden, daß sie für parlamentarische Arbeiten in Frage kommen könnten, anderen dagegen wurde ihre völlige Unfähigkeit dazu attestiert.

Nunmehr liegen zehn Wochen parlamentarischer Arbeit der Arbeitsgemeinschaft vor und sie haben all diese kleinlich-gehässigen Verdächtigungen gründlich ad absurdum geführt. Die Fraktion als Ganzes kann das Bewußtsein für sich in Anspruch nehmen, die Zustimmung der meisten Parteigenossen, die ein grundsätzliches Auftreten im Parlament für erforderlich halten, zu haben.

Die Mehrheitsführer der alten Fraktion schieben immerfort krampfhaft die Frage nach der Richtigkeit der Abstimmung vom 4. August 1914 und die grundsätzliche Stellung zur Landesverteidigung in den Vordergrund der Parteidiskussion und machen diese beiden Punkte auch zur Grundlage ihres Auftretens im Reichstage. In Wahrheit handelt es sich aber längst nicht mehr um diese beiden Fragen. Es handelt sich vielmehr um das Verlassen der nach dem Programm der Partei und den Beschlüssen ihrer Parteitage und der internationalen Kongresse orientierten grundsätzlichen Politik der Partei und um das Betreten eines Weges, der zu einer rein opportunistischen Politik der Anpassung an die innere und äußere Politik des Imperialismus führt. Aus der Not haben die Mehrheitsführer eine Tugend gemacht, was als Notwehrhandlung eine geschichtliche Episode hätte bleiben können, haben sie zum Ausgangspunkt einer neuen Orientierung der sozialdemokratischen Politik und besonders der parlamentarischen Taktik im Reichstage gemacht. Dadurch erst sind die Gegensätze in der Partei verschärft und auf die Spitze

getrieben worden, dadurch auch ist letzten Endes die Fraktionspaltung verursacht worden. Es ist deshalb selbstverständlich, daß auch der Gegensatz in der parlamentarischen Arbeit der beiden Fraktionen hervortritt als der Gegensatz zwischen grundsätzlicher und opportunistischer Politik.

In der Kriegsfrage entzündet, ist dieser Gegensatz auch vor allem bei den mit dem Kriege und seinem Abschluß zusammenhängenden Fragen am schroffsten hervorgetreten. Die alte Fraktion hat den alten Grundsatz der Arbeitsteilung des internationalen Proletariats auf den Kopf gestellt, der vom Proletariat jedes Landes die Bekämpfung der eigenen Regierung und der hinter dieser stehenden Gesellschaftsschichten verlangt. Sie bekämpft die ausländischen Regierungen und ausländischen Kapitalisten und stellt sich mit ihrem moralischen Gewicht hinter die eigene Regierung und die einheimischen Kapitalisten. Die Arbeitsgemeinschaft hält auch im Kriege an der alten Taktik fest, so selbstverständlich ihr auch die Unabhängigkeit und Unberührtheit des eigenen wie jeden Landes ist. Sie hält es daher für ihre Pflicht, den politischen Druck, den sie auszuüben vermag, auf die eigene Regierung auszuüben, um so dem Drängen jener einzuweichen und mächtigen Gesellschaftsschichten entgegenzuwirken, die stürmisch und drohend, verstockt und offen, den Kriegsausschluß in antisozialistischem und antidemokratischem Sinne fordern. Die Gesamtinteressen der Völker und der Gesamtgemeinschaft verlangt die Arbeitsgemeinschaft auch im Kriege gewahrt. Daher hat sie beim U-Boot-Krieg die Wahrung der völkerrechtlichen Grundsätze verlangt, wonach Nichtkämpfer und vor allem Frauen und Kinder auf neutralen und feindlichen Handelsschiffen nicht dem Tode infolge Torpedierens ausgesetzt werden dürfen. Die alte Fraktion gab diese völkerrechtlichen Grundsätze preis und forderte nur rein opportunistisch bei der Torpedierung von Schiffen die nötige Rücksicht, um Verwicklungen mit neutralen Ländern zu vermeiden. In der Frage der Abnahme des Friedens verlangt die Arbeitsgemeinschaft vom Reichsführer das unzweideutige Angebot eines für alle Teile unregionalen Friedens. Die alte Fraktion wollte diese Forderung in den bekannten Erklärungen des Kanzlers bereits erfüllt sehen und schloß die Türen vor dessen unzweideutigen Versicherungen, in denen Grenz- und Machterweiterungen gefordert werden. Sie bewilligte weitere Kriegskredite und behauptete dabei im strikten Gegensatz zu ihren eigenen Erklärungen im Dezember vorigen Jahres, das Ziel der Sicherung sei noch nicht erreicht. Die Arbeitsgemeinschaft lehnte die neuen Kredite in Konsequenz ihrer grundsätzlichen Stellung ab.

Die früher — so noch 1912 anlässlich der Marokkofrage — stets von der Partei abgelehnte Trennung zwischen äußerer und innerer Politik wurde jetzt von der alten Fraktion benutzt, um ihre rein opportunistisch gehaltene Ablehnung des Reichsetats mit dem Kurs der inneren Politik und dem in den Etat hineingearbeiteten Bündel neuer indirekter Steuern zu begründen. Die Arbeitsgemeinschaft lehnte den Etat gemäß den Parteibeschlüssen mit der in einer Rede zum Ausdruck gebrachten grundsätzlichen Begründung ab, daß damit die Stellung der Sozialdemokratie zum gegenwärtigen kapitalistischen System befestigt werde. Die neuen indirekten Steuern lehnten beide sozialdemokratische Fraktionen ab. Die Kriegsteuer nahm die alte Fraktion an, da sie eine Wehsteuer ist und für später als Reil wirken werde. Die Arbeitsgemeinschaft hatte zwar bei § 1 des Gesetzes, der das Prinzip der Kriegsteuer ausspricht, dafür gestimmt und ebenso auch für alle Verbesserungen, als aber bei der Endabstimmung die Frage des Wertendungs zwangs und die konkrete politische Situation zu erwägen war, dagegen gestimmt, da der Krieg ihre Ursache sei, der bürgerliche Steuerblock das sozialdemokratische Stimmengewicht völlig ausgeschaltet habe und mit Dreiviertelmehrheit für sein Kompromißwerk eintrete, so daß durch die Ablehnung keine ungünstigere Besteuerung der Volksmassen eintreten könne. Die Arbeitsgemeinschaft hat demgemäß dem vom Jenaer Parteitag 1913 aufgestellten Steuerprogramm und dem Dresdener Taktikbeschluss auch in der Steuerpolitik scharf die Grenzlinie innegehalten, die einer sozialdemokratischen Oppositionspartei innerhalb der kapitalistischen Staatsordnung in der Bereitstellung von Steuergeldern gezogen ist. Bei der Zurückweisung der gegenwärtigen Beschränkung der Rechte und Freiheiten im Innern gingen beide Fraktionen zwar im allgemeinen denselben Weg, doch war auch hierbei die Arbeitsgemeinschaft vor allem die Drängerin, wie bei Belagerungszustand und Zensur. Bei der Wahrung der parlamentarischen Redefreiheit anlässlich Diebstahls Vergewaltigung folgte die Führung der alten Fraktion nur zögernd und ließ auf halbem Wege Halt machen. In der Kritik des Kriegswunders und der Systemlosigkeit und Mangelhaftigkeit der Volksernährung herrschte bei beiden Fraktionen Uebereinstimmung, ebenso in einer großer sozialpolitischer Fragen, bei der Militärkritik usw. Bei der Kolonialpolitik vertrat die Arbeitsgemeinschaft den alten ablehnenden Standpunkt, die alte Fraktion schwieg sich aus.

Zwei Beschlüssen der „Reorientierung“ zeigten dagegen wiederum deutlich den Gegensatz zwischen opportunistischer und grundsätzlicher Politik in der Stellungnahme der beiden Fraktionen. Das Kapitalabfindungsgesetz, das Kriegsbeschädigte auf ihren Antrag ansiedeln soll, fand die Zustimmung der alten Fraktion, da es der Sehnsucht des Arbeiters nach einem eigenen Heim entgegenkomme. Die Arbeitsgemeinschaft hielt auch hierin an dem alten Parteistandpunkt fest, daß die Fesselung an die Scholle den Arbeiter in der Verwertung seiner Arbeitskraft an dem für ihn jeweils günstigsten Orte hindern und, da das Gesetz den Ansiedelnden auch noch in Abhängigkeit von der oberen Militärbehörde bringt, lehnte sie das Gesetz ab. Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz fand eine ähnlich verschiedenartige Beurteilung. Unter dem Einfluß der zu den Wehrführern zählenden Gewerkschaftler entschied sich die alte Fraktion für die Annahme der Vorlage, die Arbeitsgemeinschaft lehnte sie ab. Die in der Novelle den Gewerkschaften gebotene „Erleichterung“, die die alte Fraktion sehen zu können glaubte, wurde von der Arbeitsgemeinschaft als ein Zinngengericht angesehen, für das die Gewerkschaften ihr sozialistisches Erstgeburtsrecht verkaufen sollen. Die Zeit dürfte ihr Recht geben.

Zweifellos wird die Parteigenossenschaft, soweit es ihr gegenwärtig möglich ist, am politischen Leben Anteil zu nehmen, die parlamentarische Wirksamkeit ihrer Reichstagsvertretung ihrerseits einer kritischen Würdigung unterziehen. Die sozialistisch gesinnten und proletarisch

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 10. Juni 1916. (W. L. D.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Westufer der Maas wurde die Bekämpfung feindlicher Batterien und Schanzanlagen wirkungsvoll fortgesetzt.

Ostlich des Flusses setzten unsere Truppen die Angriffe fort. In harten Kämpfen wurde der Gegner auf dem Höhenkamme südwestlich des Forts Donaumont, im Chapirewald und auf dem Jamin-Rücken in mehreren Stellungen geworfen. Westlich der Feste Vaug stürmten bayerische Jäger und ostpreussische Infanterie ein starkes feindliches Feldwerk, das mit einer Besatzung von noch über 500 Mann und 22 Maschinengewehren in unsere Hand fiel. Die Gesamtzahl der seit dem 8. Juni gemachten Gefangenen beträgt 28 Offiziere und mehr als 1500 Mann.

Auf dem Hartmannsweilerkopf holte eine deutsche Patrouille mehrere Franzosen als Gefangene aus den feindlichen Gräben.

### Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei den deutschen Truppen hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. Juni. (W. L. D.) Amtlich wird veröffentlicht:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Im Gegensatz zum vorgehenden Tage sind gestern wieder an der ganzen Nordostfront außerst erbitterte Kämpfe entbrannt.

Zwischen Olva und Dobronozh wurden an einer Stelle acht, an einer anderen fünf schwere Angriffe abgewiesen, wobei sich unser schlesisches Jäger-Bataillon Nr. 16 besonders hervortat.

An der unteren Steppa haben starke russische Kräfte nach erbittertem Ringen unsere Truppen vom Ost- auf das Westufer zurückgedrängt.

Nordwestlich von Ternopol schlugen wir zahlreiche russische Vorstöße ab.

Im Raume von Bud wird westlich der Steppa gekämpft.

Bei Koll und nordwestlich von Czartorysk wurden russische Uebergangsvorstöße vereitelt.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Vorstöße der Italiener gegen mehrere Stellen unserer Front zwischen Gtisch und Brenta wurden abgewiesen.

In den bisher gezählten Gefangenen im Angriffsraum sind über 1800, darunter 25 Offiziere, dazugekommen.

Vor dem Tolmeiner Brückenkopf zerstörten unsere Truppen nach kräftiger Artilleriewirkung die Hindernisse und Deckungen eines Teils der feindlichen Front und legten mit 80 Gefangenen, darunter 5 Offiziere, ferner mit einem Maschinengewehr und sonstiger Kriegsbeute von dieser Unternehmung zurück.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Voljusa wurden italienische Patrouillen durch Feuer zerstört.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

denkenden Parteikreise werden dann finden, wenn sie ihre Billigung zuteil werden lassen können.

**Berichtigung:** Im ersten Teile dieses Artikels haben sich gestern zwei Druckfehler eingeschlichen. Im dritten Absatz, Zeile 12 soll es nicht heißen „sozialdemokratische Klassen“, sondern „sozialdemokratische Massen“; im letzten Absatz, Zeile 4 von unten soll es nicht heißen „Volks- und Massenpolitik“, sondern „Volks- und Klassenpolitik.“

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. Juni. (W. L. D.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Auf dem linken Maasufer wiesen die Franzosen in der Nacht zwei kleine Angriffe auf die Stellungen südwestlich von der Höhe 304 zurück. Auf dem rechten Maasufer setzten die Deutschen ihre heftigen Angriffe auf einer Front von etwa 2 Kilometer Breite östlich und westlich vom Gehöft Rhiaumont fort. Zwischen dem Gehöft und dem Cailletwald brangen sie in die französischen Gräben ein, aber nach erheblichen Verlusten für sie wurden all ihre Versuche auf der westlichen Strecke zum Stillstand gebracht. In der Gegend von St. Michel wurde eine deutsche Abteilung, welche östlich von Wisles die französische Linie zu erreichen versuchte, durch Gewehrfeuer zerstört.

Paris, 10. Juni. (W. L. D.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Einß von der Maas unternahmen die Deutschen im Laufe des Tages zu wiederholten Malen Angriffe auf unsere Stellungen an der Höhe 304; zwei Angriffe wurden gegen den Westen dieser Höhe, die beiden andern gegen den Südwesten gerichtet. Sie waren vom Westen brennender Hitzkateiten begleitet. Unter unfreiem Sperrfeuer und dem Feuer unserer Maschinengewehre sind die Angriffe vollständig gescheitert. Auf dem rechten Ufer ist das Geschützfeuer sehr lebhaft gewesen in der ganzen Gegend südlich des Gehöfts von Rhiaumont, im Chapirewald, im Jaminwald und im Abschnitt südlich von Damloup. Im Laufe des Tages keine Infanterieunternehmung. In den Vogesen wurde eine feindliche Erkundungsabteilung durch unser Gewehrfeuer am Hartmannsweilerkopf zerstört.

**Belgischer Bericht:** Auf der Front der belgischen Armee ist abgesehen von den gewöhnlichen Artilleriekämpfen nichts Besonderes vorgefallen.

## Die englische Meldung.

London, 10. Juni. (W. L. D.) Haig berichtet: Die Briten überfielen feindliche Raubgräben südlich von Reube Chapelle und erbeuteten ein Maschinengewehr. Sonst kein Infanteriegefecht. Unsere schwere Artillerie zerstörte die Eisenbahnstation Salome und beschloß einige besetzte Plätze im Rücken des Feindes. An verschiedenen Punkten beträchtliche Artillerie- und Mörserartigkeit.

## Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 10. Juni. (W. L. D.) Amtlicher Bericht vom 9. Juni. Westfront: Die Schlacht in Wolynien und in Galizien dauert an. Die Deutschen versuchen die Entwicklung

unserer Offensive an der Pripeco-Front aufzuhalten. Es wurde die Ankunft von deutschen Kräften aus der Gegend östlich des Poljossje festgestellt. Unter den Gefangenen wurden viele Deutsche gemeldet. Trotz des heftigen feindlichen Widerstandes an mehreren Stellen wird unser Angriff auf der ganzen Front vom Pripeco bis zur rumänischen Grenze fortgesetzt. In vielen Abschnitten hatte unsere Kavallerie Gelegenheit den Feind anzugreifen.

Von den einzelnen Gefechtsabteilungen wird gemeldet, daß erkens eine Kosakenabteilung bei Sussl (24 Kilometer nordöstlich Luch) von hinten die feindlichen Befestigungsanlagen attackiert hat, wobei sie zwei Geschütze und acht Munitionswagen sowie zweihundert Munitionskisten wegnahm, und zweitens erbeuteten unsere Erkundungsabteilungen bei Boratyn (10 Kilometer südöstlich Luch) zwei 10-Zentimeter-Geschütze und machten 4 Offiziere und 160 Mann zu Gefangenen. — Bei Dobratyn an der Jlnva (30 Kilometer südsüdwestlich von Mylnow) eroberten wir ein 10-Zentimeter-Geschütz und 85 Munitionswagen. Außer anderer Beute nahmen wir noch 30 Behälter für erfindende Gase. — Unsere jungen Truppen weiterern, was Schneid anbeiziff, mit den alten erprobten Regimentern. So waren zum Beispiel die Regimenter einer Landwehrdivision in energischem Angriff den Feind über den Stütz- und erzwingen nachstehend den Brückenkopf Rozysze (19 Kilometer nördlich Luch). Sie machten ungefähr 2500 Deutsche und Oesterreicher zu Gefangenen, eroberten Maschinengewehre und machten reiche Beute.

Unsere Truppen überschritten die Strypa und erreichten den Hloty-Wach (5 Kilometer westlich des Unterlaufes der Strypa). Während dieser Kämpfe wurde General Mikulin, der Führer einer unserer Angriffstruppen, schwer verwundet.

Die Gefangenenzahl wächst ständig. Außer den bereits gemeldeten 958 Offizieren und mehr als 51 000 gefangenen österreichischen und deutschen Soldaten machten wir im Laufe der gestrigen Kämpfe wiederum 185 Offiziere und 18 714 Soldaten zu Gefangenen, so daß die Gesamtzahl bis jetzt 1148 Offiziere und mehr als 64 714 Soldaten ergibt.

Am 7. Juni abends beschloß feindliche Artillerie außerst heftig unsere Stellungen weiter nördlich und in der Nacht des 8. Juni griff der Feind mit stärkeren Kräften an. Alle seine Versuche, an unsere Anlagen heranzukommen, wurden jedoch abgewiesen. Bei dem Bahnhof Kolobezno warf ein feindliches Flugzeug vier Bomben ab. Fünf deutsche Flugzeuge überflogen Logischin (26,5 Kilometer) nördlich Pinsk und warfen 30 Bomben ab. Ein Apparat wurde von unserer Artillerie herabgeschossen und fiel in die deutschen Linien nieder.

**Kaukasus:** Bei Trapezunt vertrieben Erkundungsabteilungen von und die Kräfte aus dem Kloster südlich Khordogop (22 Kilometer südwestlich Trapezunt). In Richtung Guomueshtaneh brach eine Abteilung unserer Truppen in die feindlichen Stellungen ein, machte Gefangene und erbeutete Bombenwerfer, Waffen und Zeltlager. Feindliche Gegenangriffe wurden glatt abgewiesen.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 9. Juni. (W. L. D.) Amtlicher Kriegsbericht.

In der Gegend des Estales Geschützkampf; unsere Artillerie rief Brände und Explosionen von Schießbedeckungslagern am Anghebent (Orandial) hervor. An der Front zwischen Fossina und Astach machten am Abend des 7. Juni zwischen San Ubaldo und Velo d'Asico zusammengejoggene feindliche Massen Miene, gegen den Monte Globe und den Monte Brazome anzugreifen, wurden aber durch wohlgezieltes Feuer unserer Artillerie sofort gestoppt. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden dauert die Schlacht mit äußerster Heftigkeit fort. Der Kampf um unsere Stellungen östlich vom Campomulo dauerte am 7. Juni abends bis um 11 Uhr; unsere Infanterie richtete unter den Stürmenden ein Blutbad an, und auf der Front einer einzigen Kompagnie zählte man während der Nacht 208 feindliche Leichen. Am gestrigen Tage erneuerte der Gegner, welcher erhebliche neue Verstärkungen erhalten hatte, nach heftigem Feuer zahlreicher Batterien seine Angriffe östlich von Schleglen und vom Campomulo; unsere Alpin- und Infanterie warfen die feindlichen Kolonnen mehrmals durch tapferen Gegenangriff mit dem Bajonett zurück. Gegen Abend vermochten die Unfrigen sich der unaussprechlichen Einwirkung der feindlichen Artillerie zu entziehen und gingen auf neue Stellungen einige hundert Meter östlich von den bisherigen zurück. Im Suganer Tal Artilleriekämpfe. Man meldet glücklicherweise Angriffe von unserer Seite aus der Gegend von Podestagno (oberes Soletal) und im schwarzen Miental. In Garnien und am Hongo Artillerietätigkeit und Bombenkämpfe. Cadorna.

## Italienischer Truppentransportdampfer torpediert.

Rom, 10. Juni. (W. L. D.) Meldung der Agenzia Stefani. Zwei feindliche Unterseeboote griffen am Donnerstag gegen Abend in der unteren Adria einen italienischen Transport an, der aus drei Dampfern mit Truppen und Kriegsgerät bestand. Der Transport war von einem Geschwader Torpedobootszerstörer begleitet. Die Unterseeboote wurden unverzüglich angegriffen; es gelang ihnen jedoch, Torpedos abzufeuern, deren einer den Dampfer „Principe Umberto“ traf. Der Dampfer ging trotz der Rettungsmittel, über die der Transport verfügte, und trotz schneller Hilfe von seiten anderer auf der Fahrt befindlichen Einheiten, in wenigen Minuten unter. Die Verluste sind noch nicht bekannt. Dem Vernehmen nach bestand ungefähr die Hälfte der mit dem Dampfer Untergegangenen aus Militärpersonen.

## Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 9. Juni. (W. L. D.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Front keine wesentliche Veränderung. An der Kaukasusfront fiel auf dem rechten Flügel nichts vor, im Zentrum Feuergefecht der Infanterie. Auf dem linken Flügel machte eine unserer Abteilungen einen heftigen Feuerüberfall auf schanzende feindliche Truppen, vertrieb sie aus ihrer Stellung und besetzte diese.

Von den anderen Fronten keine Meldungen von Bedeutung.

## Besetzung der Insel Thasos durch französische Truppen.

London, 10. Juni. (W. L. D.) Reuters meldet aus Athen, daß nach einem Telegramm aus Kavala die Franzosen die Insel Thasos besetzt haben.

## Fortdauer der Blockade gegen Griechenland.

Amsterdam, 10. Juni. (W. L. D.) Der „Times“ wird aus Athen gemeldet, daß die Alliierten ihre maritimen

**Maßnahmen trotz der von der griechischen Regierung verfügten Verurteilungen beibehalten werden.**

Die griechische Regierung hat den Befehl erlassen, die zwölf ältesten Jahrgänge unverzüglich zu verurteilen.

### Zu dem Flottengefecht an der flandrischen Küste.

London, 9. Juni. (S. Z. V.) Amtliche Meldung. Donnerstag morgen hatte eine britische Patrouille, die aus Monitoren und Torpedobootscharakterern bestand, auf der Höhe von Zeebrugge ein Gefecht mit feindlichen Torpedobootscharakterern, die nach dem Aufbruch von Ostende in den Ozean zurückkehrten. Auf unserer Seite keine Verluste und keine Beschädigung.

### Zur Versenkung der „Hampshire“.

London, 10. Juni. (S. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Korrespondent vom „Daily Mail“ in Aberdeen meldet, daß die Dampfer, die Aberdeen anlaufen, nachfolgende Einzelheiten über die „Hampshire“ mitteilen. Rühmlicher und sein Stab fuhr mit der Bahn bis nach dem äußersten Norden Schottlands und gingen dort an Bord des Kreuzers. Am Montag abend 7 Uhr fuhr der Kreuzer ab. Es ging ein heftiger Wind in Richtung auf die Küste. Das Unglück ereignete sich gegen 11 Uhr zwischen Marwick Head und Broug Head nördlich der Stadt von Skail an der Westküste der größten Orkney-Insel. Am 8 Uhr 55 Minuten berichtete ein Patrouillenboot, daß ein Kriegsschiff in der Nähe in Brand stehe, daß man aber keine Explosion gehört habe. 20 Minuten später war der Kreuzer gesunken. Die Bevölkerung sah vom Lande aus, daß vier Boote vom Kreuzer ausgeht wurden, die an den Felsen und Klippen zerfurchten. Es sahen Schiffe aus, um Hilfe zu leisten, sie fanden aber weder eine Spur vom Kriegsschiff, noch treibende Leichen. Die Rettungsflotte wurde nur aus Land gepöblt. Ein Floß, aber eigentlich ein aufblasbarer Ring in der Form eines richtigen Rettungsgeräts, wurde ebenfalls angetrieben, 12 Mann hatten sich daran festgehalten, und obwohl sie sehr erschöpft waren, vermochten einige von ihnen doch noch mit flüsternder Stimme mitzutönen, daß Mitschener an Bord des Kriegsschiffes war. Dann fielen die Leute in Schlaf. 70 bis 80 Leichen wurden auf den Klippen gefunden. In dem furchtbaren Kampfe mit der See waten manchen von ihnen alle Kleider vom Leibe gerissen worden, andere hatten sich bei den verzweifelten Versuchen, die Felsen hinaufzuklimmen, alle Nägel von Händen und Füßen gerissen.

### Norwegischer Dampfer gesunken.

Bundes, 10. Juni. (S. Z. V.) Der norwegische Dampfer, dessen Besatzung von 82 Mann in Bundes gelandet wurde, ist der Dampfer „Dr. De Val“, 2716 Netto registriert, von der Reederei Jødal in Kristiania. Das Schiff war mit einer Meeresleitung von Stavanger nach Kalborg unterwegs. Am 9. Juni wurde in 55 Grad 30 Minuten nördlicher Breite und 4 Grad östlicher Länge um 10.30 Uhr vormittags eine schwere Erschütterung wahrgenommen.

### Entscheidungen des Preisengerichts.

Hamburg, 10. Juni. (S. Z. V.) Das Preisengericht hat über die im Hafen von Lübeck aufgefangene russische Dampfschiff „Vorwärts“ die Beschlagnahme ausgesprochen. Der schwedische Dampfer „Barnmaria“, der auf der Fahrt von Gotenburg nach Hull am 21. Juni 1915 angehalten und nach der Elbe eingebracht wurde, ist nach Wegnahme der an Bord befindlichen Konnosse freigegeben worden. Ebenso wurde mit dem in gleicher Fahrt angetroffenen schwedischen Dampfer „Wlas“ verfahren, der nach Hamburg ausgebracht worden war. Die Verurteilung des französischen Dampfers „Florida“ und des englischen Dampfers „van Dyl“ wurde vom Gericht bestätigt. Dagegen wurde über den versenkten norwegischen Dampfer in englischen Besitz übergegangenen Dampfer „Trondhjemstad“ verhängt.

Chicago, 10. Juni. (S. Z. V.) Die republikanische Konvention hat sich bis morgen vertagt. Auch die fortschrittliche Konvention vertagte sich, ohne etwas getan zu haben. Die Deputierten erklärten, daß das Komitee während der Nacht etwas unternommen werde, um eine Annäherung der verschiedenen Parteien herbeizuführen.

### Eine Antwort des „Avanti“ an die Zensur.

Lugano, 8. Juni. (Eig. Bericht.) Da in den letzten Tagen die Zensur besonders toll gegen das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie hütet, so daß einige Tage hintereinander die Zeitschriften von der ersten bis zur letzten Silbe unterdrückt wurden, hat der „Avanti“ an Stelle eines Leitartikels in seiner letzten Nummer die Sammelliste veröffentlicht, aus der zu ersehen ist, daß das italienische sozialistische Proletariat in sechs Monaten der Schwere des Zensurstrahls mehr als 43 000 Lire (etwa 8600 Mark) in den besten Jahren unter normalen Verhältnissen. Der Parteivorstand hat in seiner letzten Sitzung (Rom, 21. bis 24. Mai) beschlossen, daß dieses Verbrechen von Geldmitteln an den „Avanti“ unbedenklich eine große politische Tragweite hat. Wie hoffen sich die sozialistischen Massen, Organisationen und die einzelnen Parteigenossen so solidarisch mit dem „Avanti“ erklären wie gerade jetzt. Nun kommt noch dazu, daß eine jede Spende durch einen Wunsch oder Gruß begleitet wird. Die meisten Wünsche gelten dem Wiederaufleben der Internationale, der Wiederherstellung des Friedens, die meisten Grüße dem Parteivorstande dem „Avanti“ für ihre prinzipientreue Haltung. Nicht unbedeutend ist auch die Zahl der Beiträge, die den Absichten vor den Vertretern der Partei ausdrücken oder gegen die Reaktion protestieren, wodurch es sich erklärt, daß die Zensur oft auch die Spalten der Sammelliste entleert. Jedenfalls dient die täglich im „Avanti“ erscheinende Sammelliste im doppelten Sinne als Ausdruck der Stimmung der breitesten Volksschichten. Namen von Organisationen und einzelnen sieht man heute in der Sammelliste des „Avanti“ veröffentlicht, die ihn sonst nie zu unterstützen pflegten.

Die Verhandlungen des Parteivorstandes fanden ganz im Zeichen dieser ermunternden, vielversprechenden Zahlen. Die von der Reaktion unterdrückten Anschauungen machen sich im „Avanti“ Raum und legen Zeugnis davon ab, wie sich die gewerkschaftlich und politisch organisierten Massen Italiens zu den Ereignissen stellen. Der Parteivorstand hat mit Freude konstatiert können, daß vollständige Einigkeit zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Organisation herrscht; sie drückt sich vor allem darin aus, daß auch die „Confederazione del Lavoro“ den Zimmerwalder Beschlüssen beigetreten ist. Auch mit der Tätigkeit der Fraktion hat sich der Parteivorstand zufrieden erklärt und die Vertreter der Arbeiterklasse aufgefordert, mit aller Energie im Parlament gegen die Reaktion, gegen die Zensurbeschränkungen, für die Wahrung der Arbeiterinteressen und Arbeiterrechte einzutreten und die Ereignisse vom sozialistischen Standpunkt im Parlament zu beleuchten. Was die Internationale betrifft, so sind alle Schritte,

die von den Vertretern der italienischen Partei in der J. S. V. zu Bern wie auch der Delegierten auf der internationalen Konferenz in der erweiterten Kommission zum Zwecke der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen gemachten Schritte gut geheßen und die weitmöglichste Verbreitung des Rientaler Manifestes beschlossen worden. Dem J. S. V. zu Haag gegenüber wurde Protest erhoben, weil es bloß eine Konferenz der Parteien der neutralen Länder einberufen hat, wodurch es sich ganz willkürlich auf einen Standpunkt stellt, der im schroffsten Widerspruch steht zu den Grundlagen, auf denen es aufgebaut ist. Es hat damit eine Teilung anerkannt und vorgenommen, die von den imperialistischen Regierungen und Diplomaten leider durchgeführt worden ist. Sich auf die Beschlüsse der letzten internationalen Kongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel berufend, fordert der italienische Parteivorstand das J. S. V. zu Haag auf, sofort die Vertreter aller nationalen Parteien, keine einzige ausgeschlossen, einzuberufen, um über die jetzige Situation zu beraten. (2)

### Errungenschaften der „heiligen Eintracht“.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: In einem französischen Provinzialblatt vom 21. Mai finden wir folgende zwei Meldungen:

1. Marseille, 20. Mai. Die Dampfer „Manoubre“ (von der Compagnie migte) und „Ville d'Alger“ (von der Compagnie Transatlantique) sind aus Alger angekommen. Außer den Passagieren hatten sie 220 eingeborene Arbeiter an Bord, die zu Erdatbeit verwendet werden sollen. (Der Vermerk: „außer den Passagieren“ ist sehr hübsch. Offenbar sind afrikanische Eingeborene — Ware.)

2. Paris, 20. Mai. In diesem Jahre sind große Anstrengungen gemacht worden, um den Weinbauern das nötige Sulfat zur richtigen Zeit zu liefern. Mit der englischen Regierung sind Verhandlungen über die rechtzeitige Lieferung der notwendigen Sulfatmengen eingeleitet und das nationale Amt für Landwirtschaftlichen Arbeitsnachweis hat soeben vom Kriegsministerium ein bedeutendes Kontingent an amerikanischer Militärarbeiter zugewiesen bekommen. Zwölf bis fünfzehnhundert dieser Eingeborenen werden dieser Tage den Grundbesitzern der weinbauenden Departements des Südens zugewiesen werden. In gewissen Zentren sind die ersten Annahmen schon installiert.

Das nationale Amt glaubt, daß dieser neue bemerkenswerte Versuch, unsere kolonialen Kräfte auszunutzen, „ausgezeichnete Resultate ergeben wird.“ — Man sieht, die Bourgeoisrepublik fährt eifrig fort, Eingeborene dem französischen Unternehmertum zur Verfügung zu stellen. Für den Augenblick ist das eine „nationale Notwendigkeit“, in der Zukunft wird es ein ausgezeichnetes Mittel kapitalistischer Massen Herrschaft sein. Frankreich wird der erste europäische Staat sein, der den Kolonialismus zur Einfuhr unorganisiertes fremdbräsiges Rohmaterial im großen Stil benützt. Siedlungs-kolonien kann Frankreich mit seinem Bevölkerungszuwachs nicht schaffen; der Kreis derer, die durch Gründerel und Spekulation sowie durch gutbezahlten Bureaukraten dienst sowie Beamtenkorruptionismus Profit machen können, ist auch beschränkt. Von der Konsumkraft der Kolonien ist für die französische Industrie auch nicht viel zu erwarten. Aber die Heranzüchtung der Eingeborenen zur billigen Lohnarbeit in Frankreich ist freilich etwas, was im Unternehmertum viel Sympathien findet wird. Anders freilich im Proletariat. Die Erdatbeiter, die, wie die zuerst zitierte Nachricht zeigt, wieder mit neuen afrikanischen „Kollegen“ zu rechnen haben, sind auch von Anfang an von den Fäulnissen der „heiligen Eintracht“ frei geblieben. (2)

### Hollands Rüstungsbereitschaft.

Haag, 9. Juni. (S. Z. V.) Das Niederländische Hauptquartier veröffentlicht eine lange Mitteilung an die Presse, in der die Frage beantwortet wird, ob die holländische Armee für den Fall eines Krieges hinreichend vorbereitet sei, und ob die Ausrüstung der Truppen und das ihnen zur Verfügung stehende Material den modernen Anforderungen entspreche. In der Mitteilung wird erklärt, daß es zwar nicht ratsam wäre, der Öffentlichkeit Aufschlüsse zu geben, die einem möglichen zukünftigen Feinde nützen könnten, daß aber nichts dagegen spreche, Daten bekannt zu geben, die die holländischen Soldaten davon überzeugen werden, daß sie einem Kriege mit Vertrauen entgegenblicken können. Sowohl die Regierungswerkstätten als auch private Fabriken arbeiten an der Erzeugung von Kriegsmaterial, so daß sich die Lage seit August 1914 bedeutend verbessert habe. Der Vorrat an Munition für Gewehre und Kanonen sei in erheblichem Maße vergrößert worden, und die Produktionsfähigkeit der vorhandenen Fabriken biete eine Gewähr für ausreichenden Munitionsvorrat. Es seien bedeutende Vorräte von Handgranaten da, in deren Benutzung die Truppen geübt würden. Auch Gasgranaten, Stahlhelme, modernes Mörsergerät, Laufgeschosse usw. seien in großen Mengen hergestellt worden. Desgleichen sei die Zahl der Scheinwerfer für Küstenverteidigung und Landkrieg und der Automobilen für drahtlose Telegraphie, sowie die Zahl der Kraftautomobilen für den Truppen- und Verwundetentransport bedeutend vermehrt worden. Auch die Zahl der verfügbaren Flugzeuge sei bedeutend vergrößert worden, und sie seien mit Bomben, Maschinengewehren und Schnellfeuerkanonen versehen. Die Geschäftigkeit der Flugzeuge und ihre Steigkraft sei auf dieselbe Höhe gebracht worden wie im Ausland. Die private Industrie sei mit dem Bau neuer Flugzeuge beschäftigt. Holland bleibe aber beim Bezug von Flugzeugmotoren vom Ausland abhängig. Die größten Schwierigkeiten habe man bei der Vergrößerung des Geschützmaterials gehabt. Trotzdem sei die Zahl der Kanonen beträchtlich vermehrt worden. Die Erzeugung von Maschinengewehren und Gewehren habe im Lande selbst eine hohe Stufe der Entwicklung erreicht.

### Ernüchterung.

Wir kennzeichneten kürzlich die würdelose Haltung, die der Vorsitzende der Arbeitergruppe im Zentralen Kriegsindustrienausschuss in Petersburg, A. Gwosdew, anlässlich einer Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Stürmer eingenommen hatte. Auf der abschließlichen Waga des „Reformismus“ immer weiter gleitend, hatte Gwosdew, dessen Tätigkeit im Zentralen Kriegsindustrienausschuss mehr und mehr auch seine näheren Gesinnungsgenossen enttäuschte — gar nicht zu reden von denen, die sein Vorgehen von Anfang an auf das heftigste bekämpften — zu Methoden der „Ueberredung“ gegriffen, die heftige Empörung in den Arbeiterkreisen auslöste. Selbst das Samaraer Arbeiterblatt „Raschelos“, das die Politik Gwosdews und seiner Freunde bisher verteidigte, sieht sich veranlaßt, sich gegen ihn zu wenden. „Wir sehen von der Frage ab — schreibt das Blatt — wie weit der Beschluß der Arbeitergruppe an der Deputation zu Herrn Stürmer teilzunehmen zueinander und tatsächlich richtig gewesen ist, und sprechen nur von dem Charakter der „Unterredung“, die Gwosdew und Konovalow (Vorsitzender des Zentralen Kriegsindustrienausschusses, liberaler Politiker und Fabrikant) mit dem Ministerpräsidenten geführt haben.“

Wir stimmen nicht über den Ton der Reden der Herren Konovalow und Stürmer. Aber mit dem größten Erstaunen lesen wir die Zeitungsmeldungen über den Ton der Rede und die Bemerkungen Gwosdews.

Zum erstenmal, wenn die Zeitungsmeldungen zutreffen, konnte man aus dem Munde eines Arbeitervertreters, als Begründung der

Notwendigkeit der Versammlungsfreiheit für die Arbeiter, den Gwosdew bemerken, daß die Anhänger eines Standpunktes „mit ihren idealen Gegnern selber fertig werden würden.“

Zum ersten Male ist ein Mann, der das Vertrauen der Arbeiter genießt... mit Erklärungen aufgetreten über die „beraltete Politik der Verdächtigung und des Mißtrauens gegenüber den Arbeitern“ und hat die Frage des „Vertrauens“ auf eine Basis gestellt, die stets den russischen Liberalismus gegenübergestellt hat, dem russischen Proletariat jedoch absolut fremd ist.

Zum ersten Male ist die Forderung der Freiheit der Arbeitergewerkschaften mit dem Hinweis begründet worden, daß „weder die Regierungsgewalt, noch jemand anders den Gang des industriellen Lebens ohne Mitwirkung der Industrieorganisationen zu beeinflussen vermöchte.“

Das Blatt findet dies alles so ungeheuerlich, daß es von Gwosdew und der Arbeitergruppe im Zentralen Kriegsindustrienausschuss eine sofortige Richtigstellung der offenbar unrichtigen Zeitungsberichte verlangt. Seitdem sind aber bereits mehrere Wochen vergangen, ohne daß Gwosdew oder seine Kollegen zur Richtigfertigung ihrer Haltung das Wort ergriffen hätten.

Für die russische Arbeiterklasse, die durch die Frage der Beteiligung an den Kriegsindustrienausschüssen bis in ihre Tiefen aufgerüttelt worden ist, ist dieser Vorgang eine gute Lehre. In einem eigenartigen geschichtlichen Rillen, der auch diesen Prozeß angebahnt, die die westeuropäische Arbeiterbewegung zurzeit gespalten hat. Die Logik der Dinge wirkt aber in den primitiveren russischen Verhältnissen und bei den starken revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse viel unmittelbarer als es im Westen möglich ist, und fördert so das schnelle „Abwärtswandern“ der Forderungen der „neuen Methode“ vor den Augen der Massen. (2)

### Echt russische Treibereien gegen Finnland.

Die gesamte Petersburger Presse, mit Ausnahme der konservativen, die sich in Stillschweigen hält, ist empört über eine Proklamation der Petersburger Filiale des allrussischen Nationalverbandes gegen Finnland, die das nationalistische Blatt „Golos Russi“ in der Nummer vom 28. Mai veröffentlicht hat. Es ist dies eine Resolution des erwähnten Verbandes, in der die Regierung aufgefordert wird, angesichts der Gefahr, daß in Finnland Ereignisse wie in Irland sich abspielen könnten, sofort strenge Maßnahmen gegen Finnland zu ergreifen. Die Resolution verlangt, daß die Finnländer — die infolge Auflösung der finnischen Regimenter überhaupt keine Wehrpflicht zu leisten haben — zur Wehrpflicht herangezogen und in russische Regimenter eingestuft werden sollen. Ferner fordert die Resolution, daß alle „gefährlichen Elemente“ aus Finnland entfernt werden sollen.

Die Petersburger Presse ist aufs höchste überrascht über das Vorgehen des sonst im Dunkel waltenden „allrussischen Nationalverbandes“, über dessen Motive man noch völlig im Unklaren ist. Mit Recht weist die Presse darauf hin, daß die wiedergegebene Resolution eine schwere Verleumdung und Verdächtigung des finnischen Volkes darstelle, das seine Loyalität zur Genüge nachgewiesen habe. Nicht uninteressant ist bei diesen ganzen Vorgängen die Tatsache, daß dieselben Kreise, die jetzt die Einstellung der Finnländer in die russische Armee fordern, weil sie von der Wehrpflicht befreit seien, zu Bobrifows Zeiten die eifrigsten Verfechter der Idee gewesen sind, daß die finnischen Regimenter aufgelöst und die Finnländer von der Wehrpflicht befreit werden müßten. (2)

### Zur Ernennung der Präsidentschaftskandidaten.

Chicago, 10. Juni. (S. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. In der ersten Abstimmung der republikanischen Konvention erhielt Hughes 253, Weeks 105, Root 103, Cummins 82, Burton 77, Fairbanks 74 und Roosevelt 65 Stimmen. In der zweiten Abstimmung erhielt Hughes 328, Root 98, Fairbanks 88, Cummins 85, Roosevelt 81, Weeks 79, Burton 76 und Hermann 65 Stimmen. Zur Normierung als Präsidentschaftskandidat der Konvention sind 493 Stimmen notwendig.

### Kriegsbekanntmachungen.

**Sendungen an Marineangehörige in der Türkei.**

Amtlich. Berlin, 10. Juni. (S. Z. V.) Paketsendungen an Marineangehörige in der Türkei sind fortan anstatt mit der Aufschrift „Durch Militär-Paketsdepot Leipzig“ mit der Aufschrift „Durch Sammelpaketamt Leipzig“ zu versehen. In den Versandbedingungen tritt keine Änderung ein.

### Letzte Nachrichten.

**Die politische Lage in Italien.**

Lugano, 10. Juni. (S. Z. V.) Wie der „Corriere della Sera“ mitteilt, haben die gestrigen Vorgänge in der italienischen Kammer eine vollständige Umänderung des Arbeitsplanes dieses Parlaments herbeigeführt. Der Ministerpräsident Salandra betrat sofort einen Ministertrat ein. Als Resultat dieses Ministertrates wird mitgeteilt, daß Salandra schon heute, anstatt, wie ursprünglich beabsichtigt, am Montag, die Debatte über das Budgetprovisorium beginnen lassen will. Hinsichtlich der von der Kammer geforderten parlamentarischen Kontrolle beschloß der Ministertrat, die Entscheidung hierüber auszusparen, bis die Kammer die Abstimmung über das Budgetprovisorium vorgenommen hat, da Salandra erst dann in der Lage sei, endgültige Beschlüsse zu fassen. Der parlamentarische Mitarbeiter des „Corriere della Sera“ will wissen, daß man gestern in den Wandelgängen weniger nervös gewesen sei. Im Gegensatz hierzu behauptet der „Secolo“, daß die parlamentarische Lage zurzeit verzweifelter sei denn je. Die Gründung einer neuen Fraktion ist im Gange. Diese führt den Titel „Die Jungen“ und fordert die Kontrolle der Regierungsmassnahmen durch die Kammer, die Abhaltung von Geheimnissen und die Schaffung einer Ausschusskommission, was ein Mißtrauensvotum für die Regierung bedeutet. Der „Secolo“ konstatiert ferner, daß das Ministerium nur durch die Opposition gerettet worden sei. Der „Messaggero“ sagt, daß Salandra keinen Kontakt mehr mit dem Volksklub des Parlamentes habe. Die „Tribuna“ fordert einen Waffenstillstand in dem Kampfe mit Worten, um der Regierung Zeit zu geben, alle Energien des Landes zu mobilisieren. Das „Giornale d'Italia“ findet das Verlangen nach einer Aufklärung berechtigt, hält es aber für eine unmögliche Forderung, wenn man der Regierung das Recht abspricht, denjenigen Moment für diese Aufklärung zu wählen, den sie aus Rücksicht für die Wähler für richtig hält.

### Dhrfeigen in den Wandelgängen.

Lugano, 10. Juni. (S. Z. V.) Mit einer gewissen Befriedigung konstatiert der „Avanti“, daß der Sozialist Mazzoni in den Wandelgängen der Kammer den interventionistischen Abgeordneten Revione überfingte, weil Revione Mazzoni und mit ihm die Sozialisten des heimlichen Einvernehmens mit dem Feind bezichtigt hatte. Revione selbst Mazzoni seine Sekundanten doch lehnte dieser das Duell ab.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Schlosser C. der Firma A. will aufhören, da er die Beschäftigung bei der er den ganzen Tag stehen muß, nicht aushalten kann. Die Differenz wird sehr leicht erledigt, denn wie die Aussprache ergibt, will der Schlosser Arbeit nach auswärts annehmen. Für außerhalb Groß-Berlins liegende Betriebe bedarf es aber eines Kriegsscheines nicht, so wenig wie ein Arbeiter, der von auswärts nach Berlin kommt, einen Kriegsschein braucht, um in Berlin in Beschäftigung zu treten. (Einige fiskalen Berliner Firmen in der Provinz Brandenburg gehören allerdings noch mit zum Bereich des Kriegsausschusses Groß-Berlin.)

Bei derselben Firma will der Maschinenarbeiter G. aufhören, weil er zu wenig verdient und auch zeitweilig aussetzen muß. Es wird eine Verständigung dahin erzielt, daß dem Maschinenarbeiter G. die Zeit, die er aussetzen mußte, zu seinem durchschnittlichen Verdienst bezahlt wird, und außerdem soll ihm eine Arbeit gegeben werden, bei der er einen zeitgemäßen Verdienst erzielen kann. Die Ausständigung eines Kriegsscheines war damit unnötig.

Der Werkzeugmacher B. von der Firma C. will einen Kriegsschein haben, weil er nicht genügend verdient. Da die Firma A. keinen Vertreter geschickt hat, sondern nur eine schriftliche Mitteilung sandte, wird dem Werkzeugmacher ohne weiteres der Schein ausgestellt. Eine schriftliche Mitteilung genügt nicht, die Verhandlungen vor dem Kriegsausschuss müssen mündlich geführt werden.

Der Einrichter W. will bei der Firma S. u. S. aufhören, da er neben anderen Beschwerden einen zu geringen Verdienst hat. Der Vertreter der Firma behauptet, daß die Firma durchaus nicht abgeneigt ist, dem Einrichter einen höheren Verdienst zu geben, es müsse darüber aber doch zunächst einmal mit der Firma verhandelt werden, und das sei noch nicht geschehen. Es wird dem Einrichter W. aufgegeben, zunächst einmal der Firma eine Forderung auf mehr Verdienst zu unterbreiten. Erst wenn dieses kein zufriedenstellendes Ergebnis haben sollte, kann der Kriegsausschuss erneut zu der Sache Stellung nehmen.

Der Dreher N. von der Firma R. will einen Kriegsschein, weil er nicht als gewöhnlicher Dreher, sondern als Werkzeugdreher arbeiten will. Im Verlaufe der Auseinandersetzung erklärt die Firma sich freiwillig bereit, den Kriegsschein auszustellen.

Von der Firma T. erscheinen 8 Einrichter, die aufhören wollen, weil sie sich bei der Zumeistung von Zulagen gegenüber ihren anderen Kollegen im Betriebe benachteiligt fühlen. Die Einrichter erklären, der Meister hätte ihnen die gleiche Zulage verschaffen wie den übrigen. Diese sei aber nicht gesahlt. Mit Rücksicht darauf, daß die Einrichter wahrscheinlich die Zulage des Meisters so aufgefahst haben, wie sie es wiedergaben, und die Differenz zwischen ihrem Lohn und den übrigen, mehr berufstätigen Einrichtern nur sehr gering ist, erklärt sich die Firma bereit, die Differenz auszugleichen. Damit ist die Erteilung eines Kriegsscheines unnötig.

Der Schlosser S. von der Firma W. will aufhören, weil er nicht genügend verdient. Nach kurzer Aussprache erklärt sich die Firma bereit, dem Schlosser 10 Pf. pro Stunde Zulage zu geben. Damit erübrigt sich die Erteilung eines Kriegsscheines.

Der Präfer A. von der Firma O. u. A. will aufhören, weil er infolge mangelhaften Werkzeuges seinen zeitgemäßen Lohn erzielen kann. Nach längerer Aussprache wird dem Präfer zugestanden, daß er in Zukunft ausreichend Werkzeugpräfer und dergleichen erhalten wird, und erklärt sich A. damit zufriedengestellt, so daß sich die Erteilung eines Kriegsscheines erübrigt. Ausdrücklich wurde hierbei seitens des Kriegsausschusses betont, daß der Arbeiter berechtigt ist, zu fordern, daß ihm gutes und ausreichendes Werkzeug zur Verfügung gestellt wird.

# Unzufriedenheit bei den Spandauer Straßenbahnschaffnerinnen.

Schon in Friedenszeiten holte sich die Spandauer Straßenbahndirektion ihr Personal von weit und breit, mit Vorliebe aber aus rückständigen Gegenden herbei, um recht zufriedene Arbeiter zu haben. Trotzdem war der Wechsel unter den Straßenbahngestellten stets sehr groß und mit der Organisation stand die Direktion dauernd auf dem Kriegsfuß. Auch jetzt, während der Kriegszeit, beschwerten sich die Straßenbahnschaffnerinnen insbesondere über die schlechte Behandlung seitens einzelner Vorgesetzten und über die vielen Strafgebühren bei einem Stundenlohn von 40 Pf. Ein Vorgesetzter bezeichnet die Schaffnerinnen mit Vorliebe als „verdammtes Weibervolk“, „langhaarige Gesellschaft“ usw. Die Straßenbahnschaffnerinnen haben sich daher aufgegriffen und folgendes Gesuch an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet:

- a) Erhöhung des Stundenlohnes auf 55 Pf., b) Aufstellung von Klosetts an den Endhaltestellen, c) Festsetzung des Dienstes auf 9 bis 10 Stunden hintereinander in den Vormittags- oder Nachmittagsstunden, d) polizeilichen Schutz in den Morgen- und Abendstunden, e) angemessene Behandlung von Seiten der Vorgesetzten, f) Verminderung der Strafgebühren.

Der 7. Ausschuss hat beschlossen zu a die Angelegenheit dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen, zu b bis f Uebergang zur Tagesordnung.

Diesem Beschluß des 7. Ausschusses nahmen die Stadtverordneten stillschweigend zur Kenntnis.

## Deutsches Reich.

### Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation durch eine städtische Behörde.

Bei der letzten Beratung des städtischen Etats in Kiel forderten die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation in den Betrieben der Stadt. Wie der Magistrat jetzt in der letzten Sitzung der städtischen Kollegien mitgeteilt hat, ist auf seinem Beschluß den Bestimmungen über die Arbeitsauschüsse folgender Absatz eingefügt worden:

Zu den Sitzungen der vereinigten Arbeitsauschüsse erhalten nach näherer Bestimmung des Magistrats Vertreter derjenigen Organisation eine Einladung, denen die städtischen Arbeiter angehören. Die Vertreter können an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

### Konferenz der Arbeiter in der Bekleidungsindustrie.

Am Sonntag, den 4. Juni, tagte in Dresden eine Konferenz sämtlicher für die Bekleidungsindustrie in Frage kommenden Arbeiterverbände. Die Konferenz war vom Deutschen Textilarbeiterverband arrangiert und außer von diesem beschickt vom Christlichen Textilarbeiterverband, vom Gewerbeverein deutscher Textilarbeiter (G.D.), vom Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter und vom Verband der Hutmacher und Hülswarenarbeiter.

Es handelte sich darum, die Mißstände, die bei der Textilarbeiter-Verwerbslosenfürsorge in Sachsen zutage getreten sind, zu besprechen und auf Abhilfe hinzuwirken. Ferner galt es, an der Hand von Tatsachen die Unzulänglichkeit der Unterstützung zu zeigen und angesichts der kolossal gestiegenen Lebensmittelpreise bei der Regierung eine Erhöhung anzuregen. Die Konferenz beauftragte die Zentralvorstände der beteiligten Organisation, beim Ministerium eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Proz. zu beantragen. Verdienter Lohn und kleine Renten sollen, so wurde gewünscht, in der Woche bei männlichen Personen bis 6 M., bei weiblichen Personen bis 3 M. überhaupt nicht angerechnet werden, höheres Einkommen dagegen nur bis 60% Proz. Das gesamte auf der Konferenz vorgelagerte Material wird dem sächsischen Ministerium des Innern unterbreitet werden.

Des weiteren befaßte sich die Konferenz mit den in letzter Zeit in allen Teilen Deutschlands zutage getretenen Verzerrungen, die Textilarbeiter in die Landwirtschaft zu überführen. Schon zu Beginn der Unterstützungsfaktion im August vorigen Jahres hatten die Textilarbeiterorganisationen hiergegen Einspruch erhoben; sie wünschten eine Ueberführung in andere Industrien zu geeigneter

Arbeit. Hiergegen sträubten sich die Unternehmer. In der letzten Zeit werden nun Textilarbeiter und -arbeiterinnen in größeren Mengen bei Androhung des Entzugs der Unterstützung für landwirtschaftliche Arbeiten gewonnen. Hierzu sollte die Konferenz nachstehende Entschlieung:

Die Konferenz bedauert die vom Bundesrat angeregten Bestrebungen der behördlichen Organe und der Bundesstaaten auf Kürzung der bisher aus öffentlichen Mitteln gebachten Unterstützungsbeträge im Falle ganzer oder teilweiser Arbeitslosigkeit. Sie erhebt Einspruch gegen die in vielen Bezirken Deutschlands stattfindende Ueberführung der Textilarbeiter, ganz besonders der Jugendlichen, sowie der Arbeiter der gesamten Bekleidungsindustrie in die Landwirtschaft bei Strafe des Unterstützungsentzugs im Falle der Weigerung.

Es erhebt Einspruch, wie die Arbeiterverbände es schon anlässlich der ersten Beratungen im Reichsamt des Innern nach Erlass der Verordnungen geltend gemacht haben: 1. weil die landwirtschaftlichen Arbeiten, wie sie die Ernte bedingt, für die in Frage kommenden Arbeiter viel zu schwer sind, 2. weil für einzelne Branchen die Wiederberufung im früheren Beruf durch die landwirtschaftliche Arbeit sehr erschwert wird, 3. weil die Jugendlichen fern von der Heimat auf großen Domänen usw. untergebracht und dadurch der elterlichen Fürsorge entzogen werden, 4. weil durch das Aufhören des Zusammenlebens mit der Familie hartes seelischer Druck auf die Beteiligten ausgeübt wird, 5. weil die Arbeiter, vor allem die jungen Mädchen, durch das auf großen Gütern übliche unterschiedslose Zusammenleben mit Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern aller Art in primitiven Unterküsträumen und Kasernen Quartieren schweren sittlichen Gefahren ausgesetzt sind. Die Konferenz erhebt weiter Einspruch gegen die Verwendung der Arbeiterinnen des Textil- und Bekleidungsindustrie zu körperlich schweren Arbeiten, wie Steintragen u. v. Die Konferenz erwartet deshalb, daß Arbeiter und Arbeiterinnen nur geeignete Arbeit bei ausreichender Entlohnung angeboten wird.

## Ausland.

### Der Generalstreik in Norwegen.

Aus Kristiania wird gemeldet: In der Sitzung des Lagtings wurde das Schiedsgerichtsgesetz erörtert. Justizminister Abrahamson erklärte, er habe gehört, daß der Generalstreik nur eine Demonstration sei und daß die Arbeit wieder aufgenommen werden würde, sobald das Gesetz angenommen und rechtskräftig geworden sei. Ein sozialistischer Vertreter sagte, die Arbeiter würden sich loyal beugen, wenn kein anderer Ausweg vorhanden sei. Der Generalstreik sei keine Drohung gegen das Fortdauern. Der sozialistische Vorschlag, das Schiedsgerichtsgesetz abzulehnen, wurde vom Lagthing mit 25 gegen 5 sozialistische Stimmen verworfen. Das Gesetz wurde dann gegen 6 Stimmen in der Festung des Odeinschings angenommen. Nach dem Schiedsgerichtsgesetz sollen Arbeitgeber und Arbeiter je ein Mitglied des Schiedsgerichts ernennen. Die Sozialisten hatten noch am Donnerstag Kundgebungen gegen das Schiedsgerichtsgesetz veranstaltet.

Da die in der Entschlieung für die interessierten Parteien festgesetzte Frist zur Ernennung von Schiedsgerichtsmitgliedern gestern mittag um 12 Uhr abließ, ersuchte das Sekretariat der Landesorganisation Freitag abend um Verlängerung der Frist bis Dienstag abend, bis der Kongress die Frage behandelt hat, ob die Arbeiter sich dabei vertreten lassen sollen. Der Staatsrat hat das Gesuch bis Mittwoch, den 14. Juni, 2 Uhr nachmittags, bewilligt. Die Landesorganisation teilte gleichzeitig mit, daß in der Zwischenzeit Arbeitsstellen aus Anlaß von Lohnstreiks nicht stattfinden werden. Der Zentralverband des Arbeitgebervereins hat die laufenden und die angefangenen Sperten aufgehoben. Die städtischen Arbeiter und die Straßenbahnarbeiter haben gestern gefündigt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Bismlich kühl, zeitweilig aufklarend, aber noch überwiegend bewölkt und wiederholte, im Westen meist geringe, spärliche Regenfälle.

**Deutsches Theater.**  
Allabendlich 8 1/2 Uhr:  
**Die Familie Schimek.**  
Kammerspiele.  
Sonntag und Montag 8 Uhr:  
**Marquis von Keith.**  
Volksbühne. Theater a. B. Glowl.  
Allabendlich 8 1/2 Uhr:  
**Robert und Bertram.**  
Sonntag u. Montag nachm. 3 Uhr  
(kleine Pr.): **Der Biberpelz.**  
Kammerspiele: Wedekind-Zyklus.

**Verband der Freien Volksh Bühnen**  
Sonntag, den 11. Juni 1916:  
Nachm. 3 Uhr:  
Vollsbühne, Theater am Bülowplatz:  
**Der Biberpelz.**  
Deutsches Opernhaus: **Der Bildhauer.**  
Lessaing-Theater: Komödie der Worte.  
Montag, den 12. Juni 1916:  
Nachm. 3 Uhr:  
Vollsbühne, Theater am Bülowplatz:  
**Der Biberpelz.**  
Lessaing-Theater: Komödie der Worte.  
Abends 8 1/2 Uhr:  
Vollsbühne, Theater am Bülowplatz:  
Montag bis Freitag: **Robert und Bertram.**

**Lessaing-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Schwarzer Peter.**  
(Albert Bassermann.)  
Nachm. 3 Uhr: Komödie der Worte.  
Montag: **Schwarzer Peter.**  
(Albert Bassermann.)  
**Deutsch-Künstler-Theater.**  
8 1/2 U.: **Die selbige Exzellenz.**  
**National-Theater** Köpenicker  
Straße 68.  
I. u. II. Feiertag 8 1/2 u. 8 1/2 U.:  
Als ich noch im Flügelkleide...  
(Lustspielschlager)  
NB. Des Kassenandrangs wegen  
empf. es sich, Willetts recht z. bef.  
Die Kasse ist geöffnet v. 10 Uhr ab.

**WINTERGARTEN**  
Oscar  
Lucy  
**Sabo**  
Kieselhausen  
sowie der große  
Juni-Spielplan.  
Dazu:  
„Arizona“  
Das Mädchen mit den  
Schicksalsaugen  
Operette von Gilbert.

**Walhalla-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Der Glücksschmid.**  
Gr. Garten - Eröffnungsvorstellung.  
6 Uhr: **Frühkonzert.**  
**300**  
Heute: Oppl.-Konz.  
1. und 2. Feiertag je  
**50 Pf. Zoo**  
**Aquarium.**  
Morgen, am 2. Feiertag, 6 Uhr:  
Militär-Doppel-Früh-Konzert.  
50 Pf. Kinder die Hälfte.

**Cigaretten.**  
Vor der Steuererhöhung  
1 1/2 Pf. 100 Stück 0,85 M.  
2 1/2 „ „ „ 1,10 „  
3 1/2 „ „ „ 1,75 „  
5 „ „ „ 2,80 „  
Gute Qualitäten, eigenes Fabrikat.  
Verkauf u. Versand v. 100 Stück an,  
bei 20 M. franko gegen Nachn.  
Sendungen zu Feld nur gegen  
Voreinsendung des Betrages.  
Keine Preislisten u. Stückmuster.  
Cigarettenfabrik L. Liebermann,  
Berlin N 31, Chausseest. 86,  
Fabrikgebäude, Hof 1 Tr.

**URANIA Taubenstr. 48/49.**  
Sonntag 4 Uhr (halbe Preise):  
Von der Zugspitze zum Watzmann.  
8 Uhr: **An den Grenzen von Südtirol und Italien.**  
Montag 4 Uhr (halbe Preise):  
Von der Zugspitze zum Watzmann.  
8 Uhr: **An den Grenzen von Südtirol und Italien.**

**Komödienhaus**  
Schiffbauerdamm 25  
Täglich  
8 1/2 Uhr: **Der 7. Tag.**

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Täglich  
8 1/2 Uhr: **Jägerliebchen.**  
Gr. Poje m. Gef. u. Lang in 4 Akten  
von L. Trepton.  
Erstklassiges Varietè-Programm.  
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

**Rose-Theater.**  
Des Königs Befehl.  
Miviu Neuh als Gast.  
Gartenbühne: Es gibt nur ein Berlin.  
Früh-Konzert. Anfang 6 Uhr.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Ein  
Maien-Spuk  
Studentenbild  
von Wehjel.  
Anfang 8 Uhr.

**Für Schymacher!**  
Unterlecken - Abfälle  
in allen Größen und Breitenlagen  
sowie Möbelleder, ganze Abfälle für  
Blätter und Rappen, auch Boxen zu  
Häuten. Lagerbestand 10000.  
**Bruno Sausfuß,**  
Leber-Abfälle,  
Berlin - Weißbiersee,  
Langhausstr. 11.

**Theater für Sonntag, den 11. Juni.**  
**Berliner Theater.**  
An beiden Feiertagen:  
8 1/2 U.: **Ulaxenstreich. Andersen.**  
**Deutsches Opernhaus, Charlottenb.**  
8 Uhr: **Der Wildschütz.**  
8 Uhr: **Carmen.**  
Am 2. Feiertag:  
6 Uhr: **Parsifal.**  
**Kleines Theater**  
8 1/2 Uhr: **Maria Magdalena.**  
8 1/2 U.: **Hochzeitsreise. Dienstboten.**  
Am 2. Feiertag:  
8 1/2 U.: **Liebelei.**  
8 1/2 U.: **Hochzeitsreise. Dienstboten.**  
**Komische Oper**  
An beiden Feiertagen:  
8 1/2 U.: **Der selige Balduin**  
**Lustspielhaus**  
An beiden Feiertagen:  
8 1/2 U.: **Brauchbar & Fix.**  
**Metropol-Theater**  
An beiden Feiertagen:  
8 1/2 U.: **Die Großherzogin v. Gerolst.**  
**Montis Operetten-Theater**  
An beiden Feiertagen:  
Gastsp. des Kleinen Th.  
8 1/2 U.: **Onkel Bernhard.**  
**Residenz-Theater**  
An beiden Feiertagen:  
8 1/2 U.: **Fliegende Blätter.**

**Schiller-Theater O**  
8 Uhr: **Ultimo.**  
Am 2. Feiertag:  
8 Uhr: **Ehrliche Arbeit.**  
**Schiller-T. Charlottenb.**  
8 Uhr: **Alt-Heidelberg.**  
Am 2. Feiertag:  
8 Uhr: **Bürgerlich u. romantisch.**  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater**  
An beiden Feiertagen:  
8 1/2 U.: **D. Dreimäderlhaus**  
**Thalia-Theater**  
8 Uhr: **Drei Paar Schuhe.**  
8 1/2 U.: **Blondinchen.**  
Am 2. Feiertag:  
8 Uhr: **Johannisfeuer.**  
8 1/2 U.: **Blondinchen.**  
**Theater am Nollendorfpf.**  
An beiden Feiertagen:  
1/2, 4 U.: **Das Fürstenkind.**  
1/2, 9 U.: **Immer feste druff!**  
**Theater des Westens**  
1/2, 9 Uhr: **Das Glücksmädel**  
Z. 1. Mal.  
Am 2. Feiertag:  
1/2, 9 U.: **Das Glücksmädel.**  
**Trilanon-Theater**  
An beiden Feiertagen:  
4 Uhr: **Pfarrer von Kirchfeld.**  
8 1/2 U.: **Tante Tüs'chen.**

**DER GROSSE PFINGST-SPIELPLAN!**  
Sonntag, Montag, Dienstag 3, 5, 7 und 9 Uhr  
**Schuh-Palast PINKUS!**  
Auffpiel mit Ernst Lubitsch. U.T. Rurhildendamm, Rollenortplatz.  
**Die wandernde Perle.**  
Ein Emilianstücken v. Paul Rosenhayn. Friedrich-Edle Taubenschne. Weinbergstr. Weg.  
**Das lebende Phantom!**  
Schöneberg Hauptstraße.  
**Radiumraub!**  
U.T. hinter den Linden, Reinholdstraße.  
**Die letzten Tage der Entente auf Gallipoli!**  
1. resp. 2. Teil.  
**Der Mann Talarso**  
mit den grünen Augen  
**Psilander**  
In Mac Römers grosse Stunde U.T. Westplatz, Galendebel.

**Admirals-Palast**  
Pflingst-Sonntag und Montag:  
4 1/2, 7, 9, 11, 12 Uhr:  
Zwei Vorstellungen 9 Uhr.  
Das herrliche Eisballett  
**Frau Fantasie.**  
Nachm. Kl. Preise, abd. 2, 3, 4 M.

**Trotz Warenknappheit**  
wind meine Lager in  
Teppichen, Möbelstoffen,  
Gardinen, Steppdecken,  
Tisch- u. Diwanddecken etc.  
noch reich sortiert!  
**Viele Artikel**  
zu alten Preisen!!  
**Teppich-Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin-Süd. Seit 1882  
nur **Oranienstr. 158.**

Vergleiche.

In der letzten Zeit versuchen Blätter der deutschen Partei...

Kun sind wir allerdings der Meinung, daß in jedem Lande die...

Sie Edward Grey ist nur Minister und wir haben den Unterschied...

Wir werden die unsere in acht nehmen. Sie richtet uns ohne...

Die Art des Friedens wird dann näher besprochen und die...

Ich habe die Ausführungen des Herrn Poincaré gelesen. Ich...

Bisher haben wir noch immer die Mehrheit der deutschen...

In der „Sentinelle“ entwickelt der Schweizer Nationalrat Paul...

Drei Tatsachen müssen beachtet werden, um das Verhalten der...

Einmal hat Frankreich den Krieg, militärisch gesprochen, weder...

Obwohl viel entschuldbarer als die deutsche Fraktion...

Erklären wir es. Welchen grundlegenden Vorwurf machen wir den...

Welcher Vorwurf ist den Genossen in Frankreich zu machen?

Es ist keineswegs der, nicht die Mobilisation sabotiert und die...

Aber vom sozialistischen Standpunkt aus dürfte die Fraktion...

Das war der französische Fehler. Aber wir gestehen den...

Diese Unklarheiten und diese Gefahren, daß man auch mer...

Aber zwanzig Monate sind seitdem vergangen... man sieht...

Die Sozialpatrioten von Frankreich, vielleicht zu sehr in dieser...

Diese beiden Tatsachen sind die lebendige Demonstration der...

Vanderbelde weigert sich, Scheidemann die Hand zu drücken...

Wenn trotz allem die Verhältnisse für die Sozialisten Frank...

Diese Opposition hat in einer gewissen Zahl von Provinzabde...

Obwohl nicht alle derselben Richtung angehören — wie in der...

Man erkennt hier die Zimmerwalder Tendenzen.

Nicht darauf komme es an, meint Graber, ob die Linke die...

Politische Uebersicht.

Eine „burgfriedliche“ Stimme.

Die konservative „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht...

Nicht als ob es etwa zur Pflicht der ehelichgesinnten Vater...

Mit derselben unerhörten Schärfe wendet sich das Blatt...

Bemerkenswert in der zweiten Rede des Reichskanzlers war...

Der Artikel schließt mit einem erneuten Aufwand sittlicher...

Der ganze Artikel ist so plump und geschmacklos, daß jedes...

Der Gegner des Kanzlers.

Im „Tag“ bespricht der nationalliberale Abgeordnete Dr....

Ich unterscheide unter den Gegnern des Reichskanzlers: worm...

Nach weniger gab dem Fraktionsvorstand der materielle Inhalt...

Streise, die alldeutsch oder konservativ orientiert sind; sodann...

Wenn man weiter berücksichtigt, daß der Kanzler — um mit...

Eine Absage an den Reichskanzler.

Herr v. Bethmann Hollweg hat im Reichstag den Wunsch ge...

Ein akademischer Banstrahl.

München, 10. Juni. (W. T. G.) Die Korrespondenz Hoff...

Es wäre dringend wünschenswert, daß den Lesern, denen dies...

Doktor Tirpitz.

Die Abstellung für Schiffs- und Schiffsmaschinenbau der Tech...

Eine Pfingstbetrachtung.

Die alldeutsche „Unabh. Nationalkorresp.“ schreibt:

Der Pfingstgedanke verheißt uns die „Ausgiebung des Geistes“.

Eine überflüssige Erklärung.

Vom Genossen Lensch erhalten wir folgende Zuschrift:

Ich bin in der glücklichen Lage, diese Erklärung, wonach ich...

Nach weniger gab dem Fraktionsvorstand der materielle Inhalt...

fragen soll, daß die deutsche Sozialdemokratie den Anheimfall des deutschen Kolonialgebietes an Franzosen und Engländer ruhig mit ansehen kann, d. h. also, daß der Grundgedanke keine Anknüpfungen wohl für Deutschland, aber nicht für Deutschlands Feinde gelten soll. Allein ich glaube nicht, daß diese Weltpolitik nach dem bekannten Rezept des Genossen Strödel für den Fraktionsvorstand in Betracht kommen kann.

Lag dem Fraktionsvorstande wirklich nur daran, eine Äußerung ausgerechnet der braven „Nordd. Allgem. Ztg.“ richtig zu stellen — aus der Meldung des W. T. B. ging beispielsweise deutlich hervor, daß jeder Redner nur für seine Person sprach —, so hätte es näher gelegen, wenn der Vorstand sich an mich mit dem Ersuchen gewandt hätte, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Es wäre dann der gefällige Eindruck vermieden worden, der jetzt der Aktion des Vorstandes, wenn auch natürlich völlig wider seinen Willen, allerdings anhaftet.

Ich bedauere also feststellen zu müssen, daß die Erklärung, die der Fraktionsvorstand erließ, um, wie er sagte, Mißverständnisse zu vermeiden, lediglich geeignet ist, Mißverständnisse zu schaffen.

Reubabelsberg, 10. Juni 1918.

Dr. Paul Lenck.

### Sozialdemokratie und Waffenbrüderliche Vereinigung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:  
In seiner Notiz „Waffenbrüderliche Vereinigung“ (Nr. 158) hebt der „Vorwärts“ durch den Druck besonders hervor, daß dem Ausschuss der literarischen Abteilung dieser Vereinigung auch zwei Sozialdemokraten angehören, nämlich der Genosse Paul Lenck und meine Wenigkeit. Die Tatsache ist richtig. Um aber izzigen Auffassungen vorzubeugen, bitte ich hier feststellen zu dürfen, daß aus der Tätigkeit dieser literarischen Abteilung alle parteipolitischen und wirtschaftspolitischen Erörterungen von vornherein ausgeschlossen sind. Es handelt sich vielmehr lediglich um die Vorbereitung einer immer größeren gegenseitigen kulturellen Durchdringung des deutschen, des österreichischen und des ungarischen Schrifttums. Diese Bestrebungen, zu deren bedeutendsten Vorkämpfern in Österreich die Genossen Bernerstorfer und Karl Renner gehören, liegen der durchaus auf dem Wege zu dem großen sozialistischen Ziel der Völkerverständigung und sie liegen insbesondere auf dem Wege zu den mitteleuropäischen Zielen, wie sie vor allem auf der bekannten Januarkonferenz zwischen Vertretern der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie so berechtigen Ausdruck fanden. Es lag also für einen Sozialisten keinerlei Anlaß vor, die Aufzählung, sich an dieser Arbeit zu beteiligen, zurückzuweisen. Es ist wirklich nicht nötig, daß wir uns in hysterischer Angst um unser Seelenheil immer wieder von neuem selbst in das Ghetto einer selbstmüßigen Vereinigung hineinfernieren! Und arbeiten denn nicht auch andere Sozialisten gerade heute vielfach mit bürgerlichen Gruppen, zum Beispiel mit Freidenkerkreisen und Pazifisten, zusammen? Ich denke nicht daran, ihnen daraus einen Vorwurf zu machen. Aber was Genossen von der Minderheit recht ist, muß uns von der Mehrheit schon billig sein! Mit „waffenbrüderlichem“ Gruß  
Konrad Haenisch.

Daß Genosse Haenisch es so eilig hat, auf unsere Mitteilung so ausführlich zu antworten, obwohl wir selbst kein Wort der Kritik daran geknüpft hatten, beweist wohl zur Genüge, daß ihm bei der Sache nicht allzu wohl zu Mute ist.

### Die neue Reichsbekleidungsstelle.

Künftig, Berlin, 10. Juni. (W. T. B.) Der Bundesrat hat unter dem 10. Juni 1918 eine eingehende Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung erlassen. Die Regelung soll hauptsächlich den sparsamen Verbrauch der vorhandenen Bestände herbeiführen, damit auch bei noch so langer Dauer des Krieges am Friedensschluß für die in die bürgerlichen Berufe zurückkehrenden Krieger genügend Stoffe vorhanden sind. Daneben sollen die benötigten Stoffe für Behörden, öffentliche und private Krankenanstalten bereitgestellt, sowie die Herstellung und der Betrieb von Ersatzstoffen gefördert werden. Mit der Durchführung der Aufgabe wird die Reichsbekleidungsstelle betraut. Sie besteht aus einer Verwaltungsabteilung, die sich aus einem Vorstande und einem Beirat zusammensetzt, und einer Geschäftsabteilung. Als solche wird der Reichsbekleidungsstelle die Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft angegliedert, die auf diesem Gebiet schon eingearbeitet ist. Vorsitzender der Reichsbekleidungsstelle ist Geheimrat Oberbürgermeister a. D. Dr. Beutler.

Die Verbrauchsregelung soll erreicht werden in der Uebergangszeit bis zum 1. August 1918 durch eine Beschränkung des Absatzes im Kleinhandel auf 20 Prozent des Inventurergebnisses bei jedem Geschäft. Von da an dürfen unter die Verordnung fallende Web-, Wirk- und Strickwaren im Kleinhandel nur gegen Bezugschein an den Verbraucher abgegeben werden, der dem Antragsteller von der Behörde seines Wohnortes ausgestellt wird.

Jeder Kleinhandlender mit diesen Stoffen hat unverzüglich eine Inventur derartiger in seinem Besitz befindlicher Waren mit Einsetzung der Preise aufzunehmen. Während der Inventur besteht Verkaufssperre. Fabrikanten und Großhändler dürfen nur an solche Abnehmer liefern, mit denen sie bereits vor dem 1. Mai 1918 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben. Von der Verbrauchsbeschränkung sind eine Reihe von Waren ausgenommen, wie Seidenstoffe, Balfine, Schirme, Schleier usw., die unter 34 Nummern in einer sogenannten Freiliste veröffentlicht sind.

### Teuerungszulagen für städtische Arbeiter.

Die Stadt Fürth in Bayern mit 70 000 Einwohnern hat beschlossen, die bestehenden Kriegsteuerungszulagen zu erhöhen. So steigt die Teuerungszulage von ledigen Beamten, Bediensteten und Arbeitern von 4,50 M. monatlich auf 7,50 M. Sofern diese noch für unterhaltsberechtigzte Verwandte ganz oder vorwiegend zu sorgen haben, beträgt die Teuerungszulage 9,00 M.; bisher war für solche Fälle eine Ertragssteigerung nicht vorgesehen. Verheiratete Beamte, Bedienstete und Arbeiter erhalten eine monatliche Teuerungszulage von 10 M., soweit sie Kinder unter 17 Jahren oder solche über 17 Jahren haben, die ihren eigenen Lebensunterhalt nicht bestreiten können, eine Zulage von je 3 M. Verwitwete Beamte oder geschiedene Beamte usw. erhalten 9 M. monatliche Teuerungszulage. Dabei wurde die Einkommensgrenze der in Betracht kommenden Beamten und Arbeiter bei den Ledigen von 1400 M. auf 1800 M. und bei den Verheirateten und denjenigen, die für unterhaltsberechtigzte Verwandte als Ledige zu sorgen haben, von 2100 M. auf 3000 M. erhöht. Diese Teuerungszulagen tritt rückwirkend ab 1. März in Kraft und sind hierfür 15 282,25 Mark nachzuschlagen.

Auch die invalide gewordenen und wegen hohen Alters nicht mehr beschäftigten früheren städtischen Arbeiter, Beamte oder Witwen und Waisen von solchen wurden berücksichtigt, und zwar soll ihnen eine einmalige Unterstützung gewährt werden, die ein Viertel der einzelnen Renten nicht übersteigen, aber auch bei Männern nicht unter 30 M., bei Witwen nicht unter 20 M. und bei Waisen nicht unter 10 M. herabgehen darf. Diese einmaligen Unterstützungen kommen im Juli zur Auszahlung; hierfür ist eine weitere Summe von 4500 M. aus städtischen Mitteln notwendig. Die Gewährung von Teuerungszulagen in erhöhter Form erstreckt sich selbstverständlich auch auf alle weiblichen Beamten, Bediensteten und Arbeiterinnen

der Stadt, soweit deren Ehemann nicht in der Lage ist, ohne sein Verschulden seine Familie unterhalten zu können.

### Eine „Bürgerwehr“ gegen die Jugend.

Wir lesen in der „Täglichen Rundschau“: „Gegen die Verrohung der Jugend wird im Bezirk des IV. Armeekorps (Provinz Sachsen) eine neue Maßnahme durchgeführt werden. Da der Unfug der Schuljugend und auch der heranwachsenden Jugend beiderlei Geschlechts wegen der durch den Krieg bedingten Verringerung der Sicherheitsmannschaft nicht eingedämmt werden kann, sollen auf Anordnung des Stellvertretenden Generalkommandos Bürger ehrenamtlich für die Ausübung des Aufsichtsdienstes verpflichtet werden. Diesen Personen sollen von den Regierungspräsidenten die erforderlichen Beamteneigenschaften und Rechte zuerkannt werden.“ (z)

Der Chefredakteur der „Germania“, ten Brink, ist Sonnabendnachmittag 8 Uhr hier im 65. Lebensjahre nach längerer Krankheit gestorben.

## Das tägliche Brot.

### Butter- und Fettversorgung.

Ueber vorläufige Maßnahmen auf dem Gebiet der Fettversorgung wird eine Verordnung vom 8. Juni veröffentlicht, in der u. a. bestimmt wird:

Rühe, die vorzugsweise zur Milcherzeugung geeignet sind, dürfen nicht zur Schlachtung kommen. Molkereien können bei Eintritt von Notständen durch Milchknappheit zur Lieferung von Voll- oder Rahm Milch an bestimmte Gemeinden angehalten werden. Die Verpflichtung der Molkereien zur Ueberlassung von Butter wird dahin erweitert, daß bis zu 50 Proz. der im Vormonate hergestellten Buttermenge zu überlassen sind. Jeder, der vom 1. Juli 1918 ab Butter mit der Post oder Eisenbahn versendet, ist verpflichtet, auf der Verpackung in deutlich sichtbarer Weise seinen Namen und Wohnort oder seine Firma und deren Sitz anzugeben und die Sendung als Butterlieferung unter Angabe des Gewichts der Butter zu kennzeichnen. Molkereien sind verpflichtet, über Bezug und Verarbeitung von Milch und Rahm sowie über Abgabe von Butter, Butterhändler über Bezug und Abfah von Butter Buch zu führen.

Die Gemeinden über 5000 Einwohner haben, soweit dies noch nicht geschehen ist, bis zum 1. Juli 1918 den Verkehr mit Speisefetten in ihrem Bezirk und den Verbrauch zu regeln. Sie haben zu diesem Zweck insbesondere anzuordnen, daß alle in dem Bezirk eingehenden Buttermengen der Gemeindebehörde unverzüglich anzuzeigen sind, Speisefettarten auszugeben, die Abgabe von Speisefetten im einzelnen zu regeln, erforderlichenfalls die Verbraucher bestimmten Abgabestellen zuzuwiesen und deren Eintragung in Kundenlisten vorzuschreiben.

Das Kriegsernährungsamt oder die von diesem bezeichnete Stelle kann Grundfälle über den Verkehr mit Speisefetten und den Verbrauch aufstellen. Als Speisefett im Sinne dieser Vorschriften gelten Butter, Butterfett, Margarine, Speisefette, Schweinefett und Speiseöl.

Die Gemeinden über 5000 Einwohner können anordnen, daß die Vollmilch, die in ihre Bezirke gelangt, entrahmt und verbuttert wird. Die Anordnung darf nicht erstreckt werden auf die Vollmilch, die zur Ernährung von stillenden Frauen, Kindern, Säuglingen und Kranken erforderlich ist.

Zuwiderhandelnde werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder auch mit beiden Strafen bedroht.

### Verfütterungsverbot für Kartoffeln.

Ueber das Verfüttern von Kartoffeln wird eine neue Verordnung vom 8. Juni veröffentlicht. Danach dürfen vom 10. Juni 1918 ab Kartoffeln nicht mehr verfüttert werden. Der Kommunalverband regelt die Zulassung von Ausnahmen. Ausnahmen dürfen nur bewilligt werden für Kartoffeln, die sich nachweislich zur menschlichen Ernährung eignen. Viehbesitzer dürfen bis zum 15. August d. J. an ihr Vieh insgesamt nicht mehr Erzeugnisse der Kartoffelzucht verfüttern, als auf ihren Viehbestand bis zu diesem Tage nach folgenden Sätzen entfällt: an Pferde höchstens 2 1/2 Pfund, an Zugfühe höchstens 1 1/2 Pfund, an Zugochsen höchstens 1 1/2 Pfund, an Schweine höchstens 1/2 Pfund täglich. Die Kommunalverbände können das Verfüttern dieser Erzeugnisse weiter beschränken oder ganz verbieten. Kartoffelstärke und Kartoffelstärkeklein dürfen nicht verfüttert werden. Zuwiderhandelnde werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. bedroht.

### Die Neuregelung der Schlachtungen.

Die neuen Vorschriften über die Schlachtungen, insbesondere die Hauschlachtungen, sind jetzt in einem gemeinsamen Erlaß der Minister für Landwirtschaft, Handel und des Innern veröffentlicht worden. Es heißt darin:

In verschiedenen Kommunalverbänden haben die gewerblichen Schlachtungen die von der Reichsfleischstelle zugelassene Höchstzahl überschritten. Dieses muß unbedingt vermieden werden, um eine gleichmäßige und ausreichende Versorgung der Bedarfsbezirke, an der es bisher vielfach gefehlt hat, zu sichern. Die Einführung einer schärferen Ueberwachung in dieser Hinsicht ist daher erforderlich.

Verteilung der Schlachtungen. Den Kommunalverbänden (Stadt- und Landkreisen) wird die Höchstzahl der für ihren Bezirk für einen bestimmten Zeitraum zugelassenen Schlachtungen an Rindvieh, Schafen und Schweinen durch den Oberpräsidenten bzw. den Regierungspräsidenten nach Maßgabe der diesen von der Reichsfleischstelle für ihre Provinz oder ihren Bezirk mitgeteilten Höchstzahl zugeteilt. Die Kommunalverbände und Gemeindevorstände sind dafür verantwortlich, daß die ihnen zugewiesene Zahl der Schlachtungen nicht überschritten wird. Rinder- und Schweine- und Schafschlachtungen dürfen dabei nicht durch Wechschlachtungen in einer anderen Viehgattung ausgeglichen werden.

Gewerbliche Schlachtungen. Die Leiter der Kommunalverbände (Landräte, Oberamtmänner, Oberbürgermeister) haben für die für ihren Bezirk zugelassenen gewerblichen Schlachtungen den zur Schlachtung berechtigten Betrieben Schlachtierlaubnisse auszustellen.

Hauschlachtungen. Die bestehenden Hauschlachtungsverbote werden aufgehoben. Die zur Schlachtung bestimmten Tiere müssen vom Besitzer mindestens sechs Wochen in seiner Wirtschaft gehalten sein. Das aus solchen Schlachtungen gewonnene Fleisch darf nur unentgeltlich oder an solche Personen abgegeben werden, die zum Haushalte des Viehhalters gehören oder in seinem Dienst stehen. Die Schlachtungen sind nur im Falle der Genehmigung des Leiters der Kommunalverbände gestattet. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn nach Prüfung der vorhandenen Vorräte aus früheren Schlachtungen ein Bedürfnis nicht anerkannt werden kann. Das Fleisch aus unentgeltlichen Hauschlachtungen verfällt dem Kommunalverbände, ohne daß ein Entgelt dafür gezahlt wird.

Koitschlachtungen. Diese fallen nicht unter die vorstehenden Vorschriften; sie sind unverzüglich, spätestens innerhalb 24 Stunden nach der Schlachtung dem Landrat usw. anzuzeigen. Das Fleisch aus Koitschlachtungen ist gegen eine festzusetzende Entschädigung abzuliefern. Ein Verderben des Fleisches ist unter allen Umständen zu verhüten.

### Verichtung des Kriegsernährungsamts.

An der Mitteilung über die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes vom 9. Juni ist gefügt worden: „Mit Vertretern der Industrie wurde neben der Förderung der Schweineschlachtungen usw.“ Es ist dieses ein irreführender Druckfehler, es

muß natürlich heißen: „Mit Vertretern der Industrie wurde neben der Förderung der Schweineschlachtungen die schnelle Fürsorge für Schwerarbeiter durch Sonderzuweisungen von Rohstoffen und die Förderung der Massenpeisung beraten usw.“ Das Kriegsernährungsamt wird sich ganz besonders darum bemühen, daß die Schweinefleischverträge, die bei der Versorgung der großstädtischen Kommunen und Industriebezirke sich sehr bewährt haben, weiter auf Schweine und Milchvieh ausgedehnt und Futtermittel zu diesem Zweck an die Verträge abschließenden Landwirte, welche sich hauptsächlich aus den kleineren Besitzern zusammensetzen, zur Verfügung gestellt werden.

### Eine Mühlenkonferenz.

Mit der Beschäftigung des Mühlengewerbes im neuen Erntejahr beschäftigte sich eine Konferenz, die am 8. Juni im Sitzungssaal der Reichsgetreidestelle tagte. An ihr nahmen teil der Chef der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär Michaelis, die Direktoren und einige Aufsichtsräte derselben, je 5 Vertreter der drei Reichsverbände des Müllergewerbes und die Reichstagsabgeordneten Käppler und Schweichardt. Einleitend bemerkte der Chef der Reichsgetreidestelle, daß die Konferenz nur informativen Charakter habe, daß aber in einer späteren Konferenz die Reichsgetreidestelle ihre Absichten betreffs der Vermahlung der nächsten Ernte den Müllereinteressen unterbreiten werde. Er erklärte dann den Erscheinenden, daß alle Vorwürfe über Bevorgung von Mühlen oder Mühlengruppen gar keinen Zweck hätten und bei den Erörterungen ausgeschaltet werden sollten. Die Reichsgetreidestelle habe nicht das geringste geschäftliche Interesse daran, ob diese oder jene Mühle oder Mühlengruppe beschäftigt würde oder nicht. Die Vorwürfe, daß die Reichsgetreidestelle unnötigerweise große Mengen Getreide „spazieren gefahren“ habe, seien unbegründet. Nicht Aufkaufen und Vermahlen, sondern Lagerung und Gesunderhaltung der Getreide- und Mehlbestände sei das schwierigste Problem für die Reichsgetreidestelle. Deshalb sei dieselbe auf Großmühlen in erster Linie angewiesen, welche die volle Verantwortung über die Bestände übernehmen könnten. Auch ermöglichen in erster Linie die Großmühlen der Reichsgetreidestelle rasche und einheitliche Dispositionen. Wo ein Ausgleich durch die Reichsgetreidestelle wünschenswert erscheine, werde diese nach Möglichkeit dazu bereit sein.

In der Konferenz verlangten die Klein- und Mittelmühlener Verbände, daß den Kommunalverbänden die gesamte Bewirtschaftung des Brotgetreides übertragen werde, und daß sie sich zu diesem Zwecke zu größeren Getreidewirtschaftsverbänden zusammenschließen hätten. Der Reichsgetreidestelle solle nur die Aufsicht über diese Verbände bleiben. In allen Kommunalverbänden sollten die Mühlen zu Hauptgenossenschaften zusammengeschlossen werden. Die Mahlaufträge sollten an alle Mühlen, die als Mahlmühlen schon vor dem Kriege in Betrieb waren, gleichmäßig verteilt werden.

Die Vertreter der Großmühlen erklärten sich mit der möglichst gleichmäßigen Beschäftigung aller Mühlen einverstanden; sie erklärten aber, daß sie nicht mit allen Vorschlägen der beiden anderen Verbände einverstanden seien; besonders aber verlangten sie, daß auch einzelne Großmühlen, die keiner Vereinigung im Sinne der beiden anderen Verbände angehören, das Recht haben müßten, der Reichsgetreidestelle angeschlossen zu werden. Reichstagsabgeordneter Käppler befürwortete eine Kontingentierung aller Mühlen auf 60 Proz. ihrer Friedensproduktion und legte einen ziffernmäßig begründeten Plan vor, der die Möglichkeit dieser Regelung bewies. Er empfahl die Einstellung der Nachtarbeit während des Krieges. Er warnte vor dem Beitreten der Kommunalverbände ausschließlich die Bewirtschaftung des Brotgetreides zu überantworten. Wenn auch die Kommunalverbände im allgemeinen und besonders dort, wo sie keine hohen Zuschläge auf die Mehlpreise vornehmen, billigere Mehl- und Brotpreise hätten als dort, wo die Versorgung der Reichsgetreidestelle obliege, so lasse doch meist die Kontrolle, daß kein Brotgetreide verfüttert werde, recht viel zu wünschen übrig. Außerdem befürchtete er, daß dann mit dem Brotgetreide dieselbe Absperrungspolitik eintreten könne, die wir bei anderen Lebensmitteln zu besorgen haben. Man werde seitens der Müllerverbände eine Forderung nur erreichen, wenn man an das Bestehende anknüpfe und vor allen Dingen dürfe mit der Neuregelung der Vergütung der Mahlaufträge keine Verteuerung des Brotes verbunden sein, dagegen müßte sich die Reichsgetreidestelle und würde sich der Reichstag, wenn er beizummen wäre, entschieden wehren. Die Müllerverbände müßten sich auf annehmbare Vorschläge einigen, wie man, ohne eine Verteuerung des Brotes herbeizuführen, von dem jetzigen Prinzip der Reichsgetreidestelle abgehen könne, den Mahlohn nach dem Beschäftigungsgrade der Mühlen zu bemessen. Solange dieses Prinzip bestehe, habe die Reichsgetreidestelle ein wohlgegründetes geschäftliches Interesse daran, wenige Großmühlen voll zu beschäftigen, um niedrige Mahllöhne zu erzielen. Bekomme die Reichsgetreidestelle von allen Mühlen zu angemessenen Mahllöhnen gemahlen, dann erst verschwinde das Interesse, eine Anzahl Großmühlen voll zu beschäftigen. Die Reichsgetreidestelle wird in nächster Zeit den Vertretern statistische Unterlagen über eine Neuregelung zugänglich machen und dann eine neue Konferenz einberufen.

## Aus der Partei.

### Generalversammlung des zweiten Berliner Wahlkreises.

Am Dienstag begann der Sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis seine Generalversammlung, die am Freitag beendet wurde. Der Geschäftsbericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Genosse Schröder erstattete, erstreckt sich auf einen Zeitraum von zwei Jahren. In dieser Zeit hat der Mitgliederbestand einen bedeutenden Rückgang erfahren. Am 1. April 1914 hatte der Verein 5433 männliche und 775 weibliche, zusammen 6208 Mitglieder. Am 31. März 1916 waren vorhanden 3770 männliche, 587 weibliche, zusammen 4357 Mitglieder. Das ist ein Rückgang von 1834 männlichen und 188 weiblichen Mitgliedern. Der Verein hat also gegenwärtig nur etwa 2600 zahlende Mitglieder.

Nachdem Genosse Schmidt die Kassenabrechnung gegeben hatte, erstattete Genosse Julius Meyer den Bericht der Präfekturkommission. Der Redner besprach den Konflikt zwischen Präfektur und Parteivorstand und erklärte, daß er auf dem Standpunkt des Parteivorstandes stehe.

An die Berichterstattung schloß sich eine lange Debatte, welche in der Hauptsache die Haltung des „Vorwärts“ während des Krieges zum Gegenstande hatte.

In der gestrigen Versammlung wurde dann folgende Resolution des Genossen Thalmeyer angenommen:

„Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von der „Glanzeistung“ des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Esler Ged in der „Mannheimer Volksstimme“ (wiedergegeben im „Vorwärts“ Nr. 151) in Falle des Genossen Karl Liebknecht und hängt diese Notiz tiefer. Die Generalversammlung spricht dem Genossen Karl Liebknecht ihre volle und wärmste Sympathie aus.“

Nach Erledigung der übrigen Tagesordnung brachte Genosse Schwahn beim Punkt „Verschiedenes“ eine von ihm vorher verspätet eingereichte Resolution wieder ein, die dann mit 88 gegen 31 Stimmen angenommen wurde. Sie lautet:

„Die Generalversammlung erklärt, in innerer Wahrheit auf dem Standpunkte der Fraktionsminderheit (Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft) zu stehen. Sie wendet sich gegen jeden Versuch auf Spaltung unserer Partei. Sie ermahnt die Mitglieder, in dieser schweren Situation treu zur Partei zu stehen.“

Für die am 18. d. M. stattfindende Wahl zum Vorstande wurde folgende Kandidatenliste aufgestellt: 1. Vorsitzender: Schröder, Jazubowski, 2. Vorsitzender: Lohse, 1. Kassierer:





### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 10. Februar 1915 fiel auf dem Schlachtfelde unser Genosse  
**Ludwig Godniak**  
Bezirk 61.  
206/6 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 2. Berliner Reichstagswahlkr.  
Am 3. Juni fiel unser Mitglied  
**Julius Hein**  
219. Bezirk, 3. Abteilung.  
209/11 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 3. Berliner Reichstagswahlkr.  
Am 26. Mai fiel der 21jährige Dreher  
**Siegfried Kraftzig**  
Luriner Str. 2, 21. Abt., Bez. 768.  
In den letzten Kämpfen fiel der 20jährige Kämpfer  
**Paul Paetsch**  
Dübener Str. 23, 14. Abt., Bez. 707.  
Am 7. Dezember 1914 fiel durch Ausschuss der Arbeiter  
**Max Lehmann**  
42 Jahre alt, Ruppiner Str. 42, 2. Abt., Bez. 507.  
Am 28. Februar fiel durch Herzschlag der Former  
**Otto Lehmann**  
24 Jahre alt, Gohlfeldstr. 34, 13. Abt., Bez. 687.  
In einem Gefecht fiel der 34jährige Arbeiter  
**Paul Förster**  
Dubenarder Str. 9, 20. Abt., Bez. 787.  
227/1 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

### Deutscher Transportarbeiter - Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

**Hans Balling**, Geschäftsdienr.  
**Hans Ebert**, Kollkutscher.  
**Paul Fest**, Expeditionsarbeiter.  
**Georg Gebhardt**, Geschäftsdienr.  
**Emil Hahn**, Kollkutscher.  
**Otto Kehrlich**, Bierfahrer.  
**Alfred Köhn**, Kollkutscher.  
**Richard Liebs**, Fensterputzer.  
**Wilhelm Mainczyk**, Industriearbeiter.  
**Erich Müller**, Geschäftskutscher.  
**Erich Nicolaus**, Geschäftsdienr.  
**Wilhelm Perrot**, Gräselkutscher.  
**Otto Poppe**, Geschäftsdienr.  
**Hermann Raddant**, Droschkenchauffeur.  
**Richard Seidler**, Industriearbeiter.  
**Karl Schultze**, Bierfahrer.  
**Walter Wittig**, Geschäftskutscher.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Bezirksleitung.

65/11



Den Helidentag fürs Vaterland erlitt am 2. Mai 1916  
unser treuer Mitarbeiter 6045

### Paul Voigt.

Sie werden dem so früh Dahingegangenen, dessen Zukunft zu den  
Besten Hoffnungen berechtigte, ein ehrendes Andenken bewahren.

**Zimmermann & Peters**  
Musterkoffer-Fabrik  
Kurtstr. 41-42.

Auf dem Felde der Ehre fiel  
am 20. Mai unser lieber Schwimm-  
genosse

### Fritz Fechner

im 23. Lebensjahre.  
Sein Andenken bleibt uns un-  
vergesslich. 284/15  
**Schwimmgenossen und  
Genossinnen**  
d. Berliner Schwimmvereins  
„Freiheit“.

Als Opfer des Weltkrieges starb  
am 27. Mai im Kriegslazarett  
im Alter von 21 Jahren an den  
Folgen seiner schweren Verletzung,  
welche er am 26. Mai erlitten  
hatte, unser heilgeliebter Sohn,  
Bruder, Schwager und Onkel

### Paul Weber

Ref.-Bdg.-Bataillon 16, 2. Komp.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Johann Weber  
Reichenberger Str. 111.  
Hern von der Heimat, im  
14191 Heidesland,  
Da ruht Du, unser guter Gaud,  
Nun schlaf' in ew'ger Ruh,  
Unsere Liebe deckt Dich zu.

Am 17. Mai 1916 ist unser  
Kollege, der Pianer

### Albert Schweytzer

gefallen. 919  
Ehre seinem Andenken!  
Die Schweizer  
der Luft-Verkehrs-Ges.  
Flugplatz-Johannistal.

Fem Bäckerringen zum Opfer  
fiel unser lieber Freund und  
Vetter 8135

### Karl Zern

im blühenden Alter von 21 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Arbeiter-Jugendheim II,  
Gr. Frankfurter Straße 123.

### Deutsch. Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen  
Kollegen.

**Fritz Bierhals**, Schlosser,  
geb. 4. April 1892, Neu-Huppin.  
**Richard Flick**, Metallarbeiter,  
geb. 1. April 1893, Berlin.  
**Heinrich Gehrke**, Metallarbeiter,  
geb. 14. Juni 1888, Friedensdorf.  
**Paul Gürtler**, Klempner,  
geb. 1. September 1895, Laskewitz.  
**Otto Herzberg**, Metallarbeiter,  
geb. 24. Mai 1898, Reinickendorf.  
**Fritz Jeserka**, Schlosser,  
geb. 19. April 1887, Fürstenberg.  
**Georg Jeisten**, Monteur,  
geb. 3. August 1886, Berlin.  
**Walter Klingforth**, Schlosser,  
geb. 16. Dezember 1891, Brunsbüttel.  
**Siegfried Kraftzig**, Dreher,  
geb. 18. September 1894, Berlin.  
**Max Lehmann**, Former,  
geb. 10. Mai 1887, Berlin.  
**Otto Lehmann**, Former,  
geb. 29. April 1892, Berlin.  
**Alfred Leopold**, Schlosser,  
geb. 9. September 1880, Berlin.  
**Erich Mücke**, Dreher,  
geb. 20. März 1895, Berlin.  
**Rudolf Plöse**, Schlosser,  
geb. 4. Juni 1896, Charlottenburg.  
**Otto Ritter**, Schlosser,  
geb. 10. November 1895, Köpenick.  
**Otto Rudschinski**, Klempner,  
geb. 20. Mai 1889, Ulling.  
**August Schade**, Rohrleger,  
geb. 12. April 1887, Schulzendorf.  
**Theodor Sempfi**, Gärtler,  
geb. 4. März 1892, Berlin.  
**Gustav Thimm**, Metallarbeiter,  
geb. 13. April 1895, Berlin.  
**Max Zimbehl**, Gärtler,  
geb. 25. März 1888, Brouberg.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

119/5

### Nachruf.

Unser langjähriger, treuer Mitarbeiter, der Schmiede-  
meister Herr

### Hermann Krüger

wurde uns plötzlich durch den Tod entrissen.  
Wir verlieren in ihm einen pflichtgetreuen, selbst-  
losen Beamten, welcher stets das Wohl unserer Firma  
mit allen Kräften gefördert hat.  
Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Vorstand der Panzer-Aktiengesellschaft.

### Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.

Im Felde sind folgende Kollegen gefallen:

**Giese, Wilhelm**, Malerputzer, Bezirk Südost.  
**Gliesche, Paul**, Maurer, Bezirk Reuthän.  
**Kreft, Walter**, Isoliererehelfer, Bezirk Jepernick.  
**Mundt, August**, Fuher, Bezirk Norden I.  
**Papke, Max**, Hilfsarbeiter, Bezirk Lichtenberg.  
**Petroll, Wilh.**, Hilfsarbeiter, Bezirk Osten II.  
**Seefeldt, Paul**, Maurer, Bezirk Norden I.  
**Schmidt, Karl**, Maurer, Bezirk Osten I.  
**Steinke, Paul**, Hilfsarbeiter, Bezirk Köpenick.  
**Teuchert Rud.**, Fahrstuhlarb., Bezirk Norden I.  
**Winarek, Joseph**, Maurer, Bezirk Reinickendorf.  
**Ziem, Reinhold**, Fuher, Bezirk Norden I.

Ehre ihrem Andenken!

Die örtliche Verwaltung.

142/5

### Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe (Deutscher Senefelder-Bund) Berlin.

Hierdurch bringen wir unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß  
folgende Kollegen als Opfer des Weltkrieges zu verzeichnen sind:

**Max Glanz**, Chemigraph,  
gefallen am 21. Mai 1916.  
**Willi Quade**, Chemigraph,  
gefallen am 9. April 1916.  
**Artur Raasch**, Steindrucker,  
verstorben am 24. April 1916 an Lungenerkrankung  
in einem Feldlazarett.  
**Max Paeseler**, Lithograph,  
gefallen am 20. Mai 1916.

Ein ehrendes Andenken ist ihnen gesichert.

Die Ortsverwaltung.

114/15

### Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

**Wilh. Brühning**, Tischler, 24 Jahre alt.  
**Josef Grötzner**, Holzarbeiter, 26 Jahre alt.  
**Karl Misch**, Tischler, 37 Jahre alt.  
**Theodor Ristau**, Holzarbeiter, 38 Jahre alt.  
**Fritz Stielike**, Stelmacher, 40 Jahre alt.  
**Max Stolzenburg**, Tischler, 21 Jahre alt.  
**Paul Weber**, Tischler, 30 Jahre alt.  
**Paul Weigelt**, Tischler, 38 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

87/17

### Richard Seidler

Ref.-Inf.-Reg. Nr. 207, 4. Komp.,  
im blühenden Alter von 20 Jahren.  
In tiefem Schmerz

**Max Radke und Frau**,  
als Eltern.

**Erich Seidler**, als Bruder,  
surget im Felde.  
Kufsteinstr. 37. 1009

Wie sehr verleihest Du die  
Deinen,  
Die in der Heimat bitter Tränen  
um Dich weinen.  
Ach hätten wir noch einmal Dich  
gesehn,  
Oder könnten wir zu Deinem  
Grabe geh'n!  
Wir können Dir nichts mehr  
bieten.

Wir nicht mehr kann erfreuen,  
Nicht eine Handvoll Blüten  
Auf Deinen Hügel streuen.  
So schlaf denn wohl, geliebter  
Sohn und Bruder,  
Kein Kampfgeleise hört mehr  
Deine Ruh.

Wir unser Hoffen, ach es war ver-  
gessens,  
Nun deckt Dich fremde Erde zu.  
Sein einziger Wunsch war ein  
Wiedersehn.

Doch um so größer sind die  
Schmerzen,  
Da es nun nie mehr kann geschehn.  
Nun ruhe sanft Du gutes Herz,  
Du hast den Frieden, wir den  
Schmerz.

Im blühenden Alter von ein-  
undzwanzig Jahren fiel am 12. Mai  
1916 unser lieber Sohn und  
Bruder, der Musikler

### Ernst Dachert

Inf.-Regt. 24. 8145  
Die trauernden Eltern  
und Geschwister.  
Du sanft dahin wie Rosen sinken,  
Wenn sie in voller Blüte stehn,  
Schlaf wohl, es gibt kein Wiedersehn.

Als Opfer des Weltkrieges fiel  
auf dem Schlachtfelde unser  
Kollege, der Werkzeugmacher

### Otto Naumann.

Ehre seinem Andenken!  
Die Kollegen der Berliner  
Wagen - Maschinen - Fabrik  
**Otto Giesecke**,  
Berlin-Pankow, Schulzstraße.

Hiermit erlaube ich die traurige  
Pflcht, anzugeben, daß am Frei-  
tag, den 9. Juni 1916, früh 7 Uhr,  
nach kurzem und schwerem Kran-  
kenlager meine innigstgeliebte Frau  
und herzensgute Mutter, unsere  
liebe Tochter, Schwester, Schwö-  
gerin und Tante

**Anna Owczarzak** geb.  
Krüger  
sanft entschlafen ist.

Der trauernde Gatte  
**Felix Owczarzak** nebst  
Söhnen **Gerhard**.

Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 13. Juni, von der  
Halle des neuen Johannis-Kirch-  
hofes aus statt. 8165  
Du warst so gut, Du hastst so lieb,  
Der Dich geliebt, vergißt Dich nie.

Vor einem Jahr, da nahm der  
Weltkrieg  
mir mein höchstes Glück.  
Du mein geliebter Mann lebst  
nimmermehr zurück.  
Verlassen bin ich und die Deinen,  
die in der Heimat bitter Tränen  
um Dich weinen.  
Hern von der Heimat in Heides-  
land,  
da ruht Du nun mein lieber Otto,  
Dich schmückt seine Hand,  
denn schmückt ich Dein Bild hier  
im ideo Heim.

als soll es Dein Grab an der  
Kirchenmauer sein.  
Allein zu sein, drei Worte leicht  
zu sagen,  
und doch so schwer, unendlich  
schwer zu tragen.  
O Schicksalsmacht, noch sah' ich's  
kaum, —  
Wo bist Du hin mein schänter  
Traum. 824

In trauriger Erinnerung Deine  
Dich nie vergessende Gattin  
**Frau Berta Tilgner**.

Zum Sterbetage meines  
innigstgeliebten, unversehrten  
Hannes, Sohnes, Bruders,  
Schwagers und Onkels, des  
Londurrmannes

### Otto Tilgner,

gefallen am 12. VI. 1915.

Nach kurzen, schweren Leiden  
starb am Donnerstag, den  
8. Juni, unser lieber Bruder,  
Schwager und Onkel, der Fuher

### Willi Bartholdy

im Alter von 43 Jahren.  
Dies zeigen hiermit an  
**Familie Haackebusch**, Berlin O.,  
Oberstraße 2. 1908

**Familie Eisenblätter**,  
**Familie Kopka**,  
**Familie Knüppel**,  
**Familie Kopka**, Jeldbrungen.

Die Beerdigung findet am  
Montag, den 12. Juni (2. Pfingst-  
festtag), nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Friedhofes  
in Strosch aus statt.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-  
nahme und die herrlichen Kranz-  
spenden, die uns beim Hinscheiden  
meines herzensguten, unversehrten  
Hannes und treuorgenden Vaters  
zuteil geworden sind, sagen wir  
allen Freunden, Verwandten und  
Bekanntem, dem früheren Chef  
R. L. F. Schulz, den Kollegen der  
Berliner R. L. F. Schulz, den  
Sängern für den schönen Gesang  
und den Kollegen der Firma Franz  
Stoß unseren innigsten Dank.

**Marie Rinder geb. Voese**,  
**Rudolf und Karl**.

Für die vielen Beweise der  
Liebe und Teilnahme beim Hinsch-  
gehen unseres lieben Sohnes  
**Johannes Krüger**  
sagen wir hiermit unseren innig-  
sten Dank.  
Berlin, im Juni.

Die Eltern.  
419

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei  
der Beerdigung meines lieben Hannes  
und guten Vaters sage ich sämtlichen  
Beteiligten sowie allen Verwandten und  
Bekanntem meinen besten Dank.  
**Frau Rosa Lange und Sohn**,  
Khalberstr. 28. 8158

Mittwoch, den 14. Juni: Zahlabend in Groß-Berlin.

Des Pfingstfestes wegen erscheint die nächste Nummer unseres Blattes am Dienstag früh.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Ordentliche Generalversammlung des Verbandes

am Sonntag, den 25. Juni 1916, vormittags 9 Uhr,

in den

Germania-Sälen, Chausseestraße 110.

Provisorische Tagesordnung:

- 1. Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisoren.
2. Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers, Kassierers, der Revisoren und der weiblichen Vorstandsbeisitzer.
3. Bestätigung der von den Kreisen vorgeschlagenen Funktionäre des Verbandes.
4. Wahl der Mitglieder des Bezirksbildungsausschusses.
5. Anträge der Kreiswahlvereine.

Bei der Berechnung der Zahl der Delegierten zu der Verbandsgeneralversammlung werden pro Mitglied zwölf Beitragsmarken zugrunde gelegt. Demnach ist nach dem Beschluß der außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung vom 10. November 1912 in Verbindung mit § 12 Abs. 2 des Verbandsstatuts auf 12 mal 150 = 1800 Beitragsmarken ein Delegierter zu wählen.

Sitz und Stimme haben ferner in der Generalversammlung: Die Mitglieder des Vorstandes, die Revisoren, der Parteivorstand, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten resp. Kandidaten der Kreise Groß-Berlin, eine Vertretung der Redaktion des „Vorwärts“, 5 Vertreter der Berliner Stadtverordneten, 3 Gemeindevertreter resp. Stadtverordnete von Teltow-Beeskow und 3 Gemeindevertreter resp. Stadtverordnete von Niederbarnim.

Etwasige Anträge sind an das Verbandsbureau umgehend einzureichen.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Aus Groß-Berlin.

Auf dem Wochenmarkt.

Schon in Friedenszeiten war es interessant, einen Spaziergang durch die Verkaufsstände der Wochenmärkte zu unternehmen, die vornehmlich in den Vororten Berlins abgehalten werden. Dieweil mehr erst heute, wo die Versorgung der Küche erheblich schwieriger ist und die Hausfrauen fast den ganzen Tag auf der Straße liegen, um das Nötige herbeizuschaffen.

Einer der größten dieser Märkte ist am Mahlsdorf-Ufer zu finden, der sich ziemlich weit erstreckt, nämlich von der Koltdorfer Brücke bis zur Sobrecht-Brücke.

Besonders am Sonnabendnachmittag ist das Treiben, welches sich dort abspielt, ein sehr lebhaftes. Rude an Rude, Stand an Stand in zwei Reihen nebeneinander und auf der gegenüberliegenden Seite der Straße noch eine Kette von Ständen. Dazwischen „fliegende Händler“, die keinen Stand haben und deren Krimskrams ein Kindermagen birgt oder auf einem Tuch zu ihren Füßen ausgebreitet ist. Ob und zu auch keine Knirpse, die irgendwelche Dinge ausrufen, meist Groschengegenstände. Hier ist so ziemlich alles zu haben, was der Mensch braucht. Ein dezentralisiertes Warenhaus auf offener Straße. Nicht nur Lebensmittel, sondern Kleidungsstücke, Kochgeschirre, Spielsachen und dergleichen mehr wird ausgedreht. Und wie die Eimer eines Baggers kreisen die Frauen um den Markt in endloser Folge. Viele führen Kinder an der Hand, nicht selten ist aber auch das Familienoberhaupt mit anwesend, denn am Sonnabend fällt der Feierabend früher. Auch Ehemänner in Feldgrau sind darunter und tragen die schwere Tasche und beim Einkäufen werfen sie ihr Urteil mit in die Waagschale, denn in der jetzigen Zeit kümmern sich auch die Männer um Küchenangelegenheiten, und so mancher, der nie den Herd beachtete, ist unter die „Topfguter“ gegangen.

„Ich gehe nach Hause“, sagt eine Frau zu ihrem Manne, „ich hab' die Nase voll. Die wissen ja nicht, was sie fordern sollen.“

„Dieser Stoff? Beste Friedensware, auf Ehre, meine Dame“, versichert eine Verkäuferin einer skeptischen Hausfrau und zerrt an einem Stück Leinwand. „Es liegt 60 breit, ich kam's nur für den Preis geben, weil es Serviettenmuster ist. Der Stoff ist ja heute nicht mehr zu bezahlen.“

„Vielleicht hat sie die Käuferin noch überzeugt, aber daneben bietet ein Wollwarenhandlender Strümpfe an „fest wie ein Brett, das Paar nur zu 2,75, statt 3,00 Mark.“

„Na, wie wär's denn mit dem Rest? Aberthhalb Meter für ne Wuse? Macht sich ausgezeichnet!“

„Wat, 40 Fennige für die mitrigen Kohlrabi?“ fällt eine Stimme von nebenan dazwischen.

„Na, is det vielleicht zu teuer? Bei 40 Fennig für de halbe Mandel? Da wer id nich reich!“

„Da haben se mir ja gerade die schönste Fuchsia ausgefucht, gerade vier Knöpfe sind dran, ne, jeben se mir man die nebenbei, da sind velle mehr dran.“ macht eine ältere Frau auf und sucht sich eine Blume aus, die mehr als vier „Knöpfe“ hat.

Die Sensation des Tages bildet die Anpreisung eines Händlers, der ein Präparat zum Verkauf anbietet, womit man „Kuchen ohne Butter und Eier“ herstellen kann.

„Aussehen tat er ganz jut.“ meint ein altes Mütterchen und betrachtet mit Rennerblicken den ohne „Butter und Eier“ hergestellten Kuchen. „Wen man bloß wüßte, ob er och schmeden tut.“

„Nimmer noch Primaspargel!“ „Ach, die sind ja blau wie der Haimmel.“ sagte ein Soldat und zieht seine Frau am Arme weiter.

Ueberhaupt sind die Zwiegespräche, die da gepflogen werden, lehrreich und unterhaltsam und die Antworten und Bemerkungen zeugen oft von schlagendem Humor.

„Die besten Doullonwürfel!“ ruft da einer aus. Ein zweifelhäufiger Käufer äußert aber die Ansicht, daß der Hersteller dieser Kraftwürfel schon längst an Entkräftung gestorben sein dürfte — wenn er sie selbst benutzte.

„Wat kiest denn, Kleener, kooft ja nisch!“ fährt eine Standinhaberin einen Jungen an, der sehr interessiert ihre Waren beguckt.

„Kann ja kiesen, kost ja nisch!“ gibt er zur Antwort und trollt sich weiter.

Die Fischbuden sind umlagert wie die Festung Verdun.

„Wie werden denn die jemacht? Mit Peterstie?“ fragt eine Frau.

„Ach, wat, braten!“

„Zatwoll, braten, die schluden velle Fett.“

„I wo, jar nich velle, die braten fast im eigenen Fett.“

„Kind, Geld ist teuer.“ sagt ein alter Mann zu seinem Enkelchen, das etwas gefaust haben will.

An einem Stand wird „Kindermagen“ verkauft und geht reißend ab.

„Komm', Olle.“ meint ein Landwehrmann und tippt seiner Frau auf die Schulter, „Komm', laß man, da machen wa lieber Hering.“

Neben den „berühmten Gustenbonbons“ werden Mottenfugeln und Schnürsenkel ausgedreht und jeder möchte noch Geschäfte machen und etwas verdienen, ehe der Abend kommt und die Verkaufszeit endet. Und die Käufer gehen wäherlich von Bude zu Bude, umkreisen den Markt mehrere Male, prüfen und vergleichen die Waren und die Preise und kaufen endlich, indem sie umständlich und zögernd ihrem Geldbeutel den kostbaren Inhalt entnehmen.

So spielt sich Kauf und Verkauf auf den Wochenmärkten ab und die Bilder sind die gleichen überall. Die Mittel knapp, die Ware rar und doch soll etwas auf den Tisch! Ja, die Hausfrauen sind heute wirklich nicht zu beneiden — hoffen wir, daß die Zeit bald kommen möge, wo wieder normale Verhältnisse herrschen werden und die geplagten Hausmütter erleichtert aufatmen können!

Keine Sonntagsruhe im Bäckergerwerbe.

Berlin, 10. Juni. (W. T. V.)

Für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Wilmersdorf, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg und der Landkreise Teltow und Niederbarnim bestimmte ich hiermit:

Die Vorschriften über die Sonntagsruhe im Bäckergerwerbe treten für die beiden Pfingstfeiertage außer Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.

Bekanntmachung.

Amtlich, Berlin, 6. Juni. (W. T. V.) Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung betreffend die über die Reichsgrenze\*) mitzunehmenden Schriften und Drucksachen.

1. Reisende dürfen grundsätzlich keinerlei Schriften oder Drucksachen mit über die Reichsgrenze nehmen (siehe diesbezügliche Verordnung vom 8. Juni 1916 — Ia 83 686 — über Strafbestimmungen bei unerlaubter Mitnahme von Briefen, Postkarten, schriftlichen oder gedruckten Aufzeichnungen über die Reichsgrenze).

2. Briefe, Postkarten und sonstige Aufzeichnungen, die Mitteilungen an einen anderen enthalten, sind auf den ordentlichen Postweg zu leiten.

3. Ausnahmen: Schriften und Drucksachen, insbesondere Geschäftsbriefe dürfen ausnahmsweise mitgenommen werden,

a) wenn ihre Mitnahme zur Erfüllung des Reisezwecks unbedingt erforderlich ist,

b) wenn sie auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt sind und

c) vor der Grenzüberschreitung amtlich geprüft werden.

4. Zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten an der Grenzübergangsstelle ist es geboten, daß der Reisende die nach 3 mitzunehmenden Schriften und Drucksachen vor dem Antritt der Reise amtlich prüfen und einsiegeln läßt.

Zu diesem Zweck wendet er sich im Bereich des Oberkommandos in den Marken mündlich oder schriftlich an die militärische Postüberwachungsstelle beim Postamt Berlin O. 17

oder an die königliche Kommandantur Berlin das Garnisonkommando Brandenburg a. O. Frankfurt a. O. Cottbus.

Außerdem bei Reisen nach Oesterreich-Ungarn an das königliche Polizeipräsidium, Abteilung VII, Berlin Charlottenburg Berlin-Schöneberg Berlin-Lichtenberg Neukölln

die Polizeiverwaltung Brandenburg a. O. Frankfurt a. O. Cottbus.

5. Der Reisende kann nur dann erwarten, daß die Mitnahme der Schriften usw. keinen weiteren Schwierigkeiten an der Grenze begegnet, wenn Siegel und Hülle gänzlich unbeschädigt sind.

Berlin, den 6. Juni 1916.

Oberkommando in den Marken. \*) Unter Reichsgrenze ist die verfassungsmäßig festgelegte Grenze des Deutschen Reiches zu verstehen.

Wohnungsfrage und Bebauungsplan.

Neben der Ernährungsfrage ist die Wohnungsfrage von höchster Bedeutung für die Bevölkerung. Nach dem Kriege 1870/71 herrschte in Berlin eine große Wohnungsnot, und es ist zweifellos eine dringliche Aufgabe der Gemeinde- und Staatsbehörden, der Wohnungsfrage alle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Staatsregierung hat denn auch aus diesem Grunde eine Wohnungsaufnahme für Berlin verfügt, die im Mai stattgefunden hat. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung will die Wohnungsfrage von neuem in Fluß bringen, und sie hat deshalb folgenden Antrag der Stadtverordnetenversammlung eingereicht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat

1. ihr baldigst in einer Vorlage den Bebauungsplan für den Berliner Grundbesitz in Treptow mitzuteilen, und 2. mit ihr in gemischter Deputation über die Erstellung neuer gefunder und preiswerter Wohnungen, insbesondere auch auf dem Gebiet der Jungfernhöhe, sowie über eine Nachprüfung der bestehenden Bebauungspläne zu beraten.“

Fleisch mit oder ohne Knochen.

Die erste Frage, die der Fleischer an die eintretenden Kunden richtet, ist die, ob Fleisch mit oder ohne Knochen gewünscht wird. Nach der Antwort richtet sich das zu verkaufende Quantum. Es besteht die Bestimmung, daß bei schierelem Fleisch nur 1/4 des auf den Kopf festgesetzten Quantums verabreicht werden darf. Wenn also 330 Gramm pro Person und Woche festgesetzt ist, so erhält derjenige, der Fleisch ohne Knochen fordert, nur 1/4 von diesen 330 Gramm. Schabefleisch oder Schabtes wird als schieres Fleisch angesehen. Bei dieser 1/4-Rechnung sind bereits sonderbare Rechenexempel zutage gekommen. Einer Schlächterfrau in der Schweinmünder Straße passierte nun der Irrtum, daß sie den Kunden 1/4 Pfund in Rechnung stellte, anstatt 1/4 von den 330 Gramm. Als die Kunden zu Hause nachrechneten und fanden, daß die Rechnung nicht stimmte, gingen sie zu der Schlächterfrau und erhielten auch anstandslos das zuviel gezahlte Geld zurück, da diese inzwischen schon durch andere Kunden auf den Irrtum aufmerksam gemacht worden war. Ob alle Käuferinnen zu Hause den Irrtum gemerkt haben, wissen wir nicht. Bemerkenswert ist, daß die Schlächterfrau zu ihrer Entschuldigung erklärte, daß sie die Preisliste, die sie benutze, nicht selbst aufgestellt habe, sondern sie habe sie von einem anderen abgeschrieben und habe schon den ganzen Morgen danach verkauft. Danach wäre es ratsam, daß das Publikum beim Fleisch-einkauf genau nachrechnet, was zu zahlen ist.

Die Fleischration in kommender Woche.

Nach einer gestern erlassenen Verordnung des Magistrats beträgt entsprechend dem lechtwöchentlichen Viehauftrieb die auf den Kopf der Berliner Bevölkerung entfallende Wochenmenge an frischem Fleisch oder Fett für die Zeit vom 12. bis 18. Juni 360 Gramm.

Kein Anspruch auf bestimmte Fleischsorten.

Der Magistrat gibt bekannt: Es hat sich herausgestellt, daß seitens des Publikums vielfach das Verlangen gestellt wird, bestimmte Fleischsorten zu erhalten. Davon kann naturgemäß bei der gegenwärtigen Fleischknappheit gar keine Rede sein. Es besteht, wie hier ausdrücklich festgestellt sei, keinerlei Anspruch auf eine bestimmte Fleischsorte, insbesondere auch nicht auf Schweinefleisch. Es ist vielmehr Pflicht des Fleischhändlers, der von jeder Fleischsorte einen entsprechenden Teil empfängt, das Fleisch angemessen auf das laufende Publikum zu verteilen, so daß bei gleichzeitigen Einkauf auf mehrere Fleischsorten der Käufer, wenn irgend möglich, auf Bunsch Schweine- neben Rind-, Hammel- oder Kalbfleisch erhält.

Fleisch für Umlauber.

Nach einer früheren Bekanntmachung des Magistrats sind Umlauber, welche im Besitze einer Fleischkarte u n d eines dienstlichen Umlaubscheines sich befinden, von jedem Fleischer oder Fleischverkäufer in Berlin in Höhe der jeweils gültigen Fleischkartenabnahme nach Maßgabe der festgesetzten Wochenmenge zu befriedigen, auch wenn sie nicht in die Kundenliste des Fleischhändlers eingetragen sind.

Die Fleischer und Fleischverkäufer werden amtlich nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen.

Der Schreden der Laubenkolonisten.

Mit großer Mühe entringt der Laubenkolonist dem Boden, was er nur hergeben kann. Wie sorgfältig wird die junge Pflanze behütet, wenn sie die ersten Köpfchen aus der Erde schießt. Welche Arbeit wird aufgewandt, daß die Kartoffel, die Zwiebel, die Kohlrabi, die Salate, Erdbeeren u. a., kurz alle die Garten- und Felderzeugnisse gut gedeihen. Und wie freut sich der Laubenkolonist, wenn seine Arbeit belohnt wird. Mit manchen Widerwärtigkeiten hat er zu kämpfen. Wir reden gar nicht von Differenzen, die mancher Kolonist mit dem Generalpächter zu bestehen hat. Uebrig ist es schon, wenn Mäuse ihm die Beete unterminieren oder anderes Raubzeug ihm die Früchte seiner Mühe nimmt. Der Schreden der Laubenkolonisten sind die Ephybuben, die überall zu finden sind. Vor allem da, wo der Laubenkolonist sich eine kleine Kaninchen- oder Geflügelzucht zugelegt hat. Eine Menge Unkosten steckt der Laubenkolonist in diese Kleintierzucht und eines schönen Tages muß er erleben, daß ihm in nächstlicher Stunde alles gestohlen worden ist. Das ist der schrecklichste Schlag, der den Kolonisten treffen kann. Er sucht sich dagegen zu schützen, indem er mit gleichgestimmten Laubenkolonisten eine nächtliche Ueberwachung der Kolonie schafft, aber trotz dieser Vorsichtsmaßregel sind Diebstähle zwar vermindert aber nie ganz verhindert worden.

Dieser Lage ist eine dreiköpfige Diebesbande, die seit vielen Monaten der Schreden der Laubenkolonisten in den westlichen Vororten war, unschädlich gemacht worden. Seit mindestens einem halben Jahre wurden in den Laubenkolonien in Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau, Lichterfelde, Siedende usw. fast täglich Einbrüche verübt, durch die die Besitzer auf das empfindlichste geschädigt wurden. Die Diebe erbrachen zumeist die Ställe und stahlen sämtliches Geflügel und die Kaninchen, die sie gleich an Ort und Stelle schlachteten, um sich so den Transport der Beute zu erleichtern. Hierbei gingen die Täter sehr roh zu Werke, indem sie selbst hochtragende Tiere nicht verschonten. Nach langen Beobachtungen ist es jetzt endlich gelungen, die Laubeneinbrecher zu ermitteln. Es sind drei Burschen im Alter von 18, 20 und 28 Jahren, deren Anführer ein Arbeiter Artur Schulze war. Die drei Diebe sind verhaftet worden.

Eine kopflose Rindeleiche ist gestern auf der Ringbahnstrecke zwischen Wilmersdorf-Friedenau und Schamargendorf aufgefunden worden. Der Körper des toten Kindes war in eine blaue Monteurjacke gewickelt und außerdem in Wackpapier gehüllt, das den Firmen- und Druck-Schilder zeigte. Die Leiche mag etwa vier Wochen bereits an der Fundstelle gelegen haben. Da der Kopf abgetrennt war und fehlte, so dürfte es sich hier wahrscheinlich um ein Verbrechen handeln. Die Leiche ist beschlagnahmt worden und wird vom zuständigen Gerichtsarzt geöffnet werden, um möglichst festzustellen, ob das Kind — es handelt sich um einen neugeborenen Knaben — gelebt hat. Es wird vermutet, daß das Paket mit der Rindeleiche aus einem Ringbahnzuge geworfen worden ist. Personen, die auf der genannten Strecke irgendwelche verdächtigen Vorgänge vor etwa vier Wochen beobachtet haben, werden gebeten, sich auf dem nächsten Kriminalbezirk des Schöneberger Polizeipräsidiums zu melden.

Auf der Straße vom Tode überrascht wurden gestern der 74 Jahre alte Handwerker August Krüger aus der Grünthaler Straße 64 und der 22 Jahre alte Bureauchef Ernst Bräunow aus der Christburger Straße 2. Krüger wurde vom Herzschlag getroffen, als er in der Nähe seiner Wohnung seinen Handkoffer schob; Bräunow wurde vor dem Hause Christburger Straße 31 von einem Blutsturz befallen. Beide wurden aufgefunden und waren sofort tot.

Große Berliner Kunstausstellung 1916, Landesausstellungsgebäude Alt-Neubau. An beiden Pfingstfeiertagen im Park Militärkonzert. Eintritt 50 Pf.

## Aus den Gemeinden.

### Zusatzbrotkartenausgabe in Charlottenburg.

Die neu auszugebenden Zusatzbrotkarten, die ursprünglich erst am 15. bis 17. d. M. bei den Brotkommissionen in Empfang genommen werden sollten, werden nach einer neuen Verordnung des Magistrats schon am Dienstag und Mittwoch nächster Woche in Empfang genommen werden können. Zu diesem Zwecke sollen die Brotkommissionen am Dienstag und Mittwoch für die Ausgabe der Zusatzbrotkarten geöffnet sein von 9-12 Uhr und von 4-8 Uhr. Diejenigen, deren Namen mit dem Anfangsbuchstaben A-F beginnen, werden am Dienstag von 9-12, die Anfangsbuchstaben G-M Dienstag nachmittags von 4-8 Uhr, N-R Mittwoch von 9 bis 12 Uhr und S-Z Mittwoch von 4-8 Uhr abgefertigt werden.

### Erhöhte Teuerungszulagen in Treptow.

Der Treptower Gemeindevorstand kann sich immer noch nicht von der schon früher öfter beobachteten gewissen unbegründeten Scheu vor der Öffentlichkeit frei machen. Auch in der letzten Zeit mußte wieder beobachtet werden, daß die öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung eine für die Öffentlichkeit meist ziemlich belanglose Tagesordnung schnell abarbeiten, während wichtige allgemein interessierende Fragen ohne recht ersichtlichen Grund hinter verschlossenen Türen erledigt werden. Nach der Landgemeindeordnung soll im Grundbesitz öffentlich verhandelt werden und sind nur Personalfragen und Fragen, deren öffentliche Erörterung die Gemeindefürsorge gefährden könnte (wie zum Beispiel beabsichtigte Grunderveränderungen), davon ausgenommen. Wo aber ist eine solche Gefahr bei der Beschlussempfehlung über eine allgemeine Teuerungszulage oder Lohn- und Gehaltsnormierungen zu erwarten? Andererseits aber haben die Gemeindeglieder ein lebhaftes Interesse daran, die Grundsätze kennen zu lernen, nach denen solche festgesetzt werden. So hatte die Gemeindevertretung auch am Freitag wieder eine etwa einstündige öffentliche und anschließend eine recht lange geheime Sitzung. Letztere beschloß die recht wesentliche Erhöhung der Gehaltsgrenze für den Gehalt der Teuerungszulagen von bisher 2000 M. auf jetzt 5000 M. Die monatliche Zulage wurde auf 22 M. für Ledige ohne eigenen Hausstand, 25 M. für Ledige mit einem solchen und für Verheiratete sowie 8 M. pro Kind und Monat festgesetzt. Da den Arbeitern schon bisher 20 M. pro Monat gezahlt wurden, beträgt die jetzige Erhöhung für sie 2 bzw. 5 M. pro Monat sowie die Kinderbeihilfe von je 8 M., für die Höherbesoldeten tritt die ganze Zulage neu in Kraft. Die Erhöhung der Teuerungszulage und deren Ausdehnung auf die Höherbesoldeten wird mit etwa 68 000 M. für das laufende Etatsjahr veranschlagt.

Die öffentliche Sitzung ergab die Zustimmung zu einer Vorlage über die Sonderkriegsfürsorge für Arbeitnehmer der Textilindustrie und die Ausdehnung dieser Fürsorge auf das in

gleicher Weise von den Kriegsmahnahmen betroffene Konfektions- und Schneidergewerbe sowie die Verarbeitungsgewerbe von Filz-, Strick- und Wollwaren. Als Unterstützungsjage sollen die höheren der Stadt Berlin gelten, selbst auf die Gefahrhin, daß der Zuschuß des Kreises Teltow wegen Nichtberücksichtigung seiner niederen Säge dadurch gekürzt würde. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, während der Kriegsdauer in jeder öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung Bericht über die Lebensmittelversorgung der Gemeinde zu erstatten. Die Erfüllung dieses Wunsches wurde zugestimmt. Von Interesse für die Bevölkerung des östlichen Groß-Berlins ist die geplante Errichtung einer Straßenbrücke an Stelle des jetzigen Fußgängersteiges an der Straßauer Eisenbahn über die Spree. In Vorbereitung dieses Besseren Zeiten vorbehaltenen Bauwerkes wurde zunächst die Anlage einer Fahrstraße von der Spree zur Parkstraße an der Parkseite der Ringbahn beschlossen.

### Verbesserungen der Lebensmittelverteilung in Potsdam.

In der letzten Sitzung der Potsdamer Stadtverordneten machte der Oberbürgermeister wichtige Mitteilungen über die neuen Verbesserungen in der Lebensmittelverteilung. Danach wird vorläufig versuchsweise die wöchentliche Buttermenge von 62 Gram auf 100 Gram erhöht werden. Ferner erklärte der Oberbürgermeister, daß man beim Fleischverkauf sich von der praktischen Unzweckmäßigkeit des bisher angewandten Nummernsystems überzeugt habe und darum zur Einführung der „Kundeneintragsliste“ übergegangen wäre. Mit der diesbezüglichen Verordnung treten gleichzeitig die neuen Höchstpreise für Rind- und Kalbfleisch in Kraft. Sämtlich hat Potsdam mit Groß-Berlin Verhandlungen wegen seines Eintritts in die Groß-Berliner Fleischkarten-Gemeinschaft angeknüpft, die zu dem erwünschten Ziele gelangen werden. Potsdam beabsichtigt bei der Neuausgabe der Fleischkarten schon das Berliner Muster einzuführen. Dadurch würde auch eine Erleichterung im Verkehr zwischen Berlin und Potsdam hauptsächlich bei der Beförderung in den Gastwirtschaften geschaffen. Neben den Zukunftsaussichten über die Versorgung mit Kartoffeln und Fleisch mußte er einige unerfreuliche Rückblicke auf die bisherige Fleischverteilung an Potsdam werfen. Er stellte fest, Potsdam sei bisher aus besonderen Gründen schlecht daran gewesen und man sei gegen sie mit aller Energie und drei scharfen Beschwerden bei den zuständigen Stellen vorgegangen. Was in Potsdam an Vieh geliefert wurde, sei eine derart minderwertige Ware gewesen, die der Potsdamer Schlachthof in Friedenszeiten nie gesehen habe. Die letzte Lieferung sei miserabel gewesen und es sei eine unerhörte Behandlung, die man sich Potsdam gegenüber erlaubt habe. Er hoffe aber, daß sich das ändern werde und Potsdam die ihm zustehende Menge bekomme.

### Regelung des Eierverkaufs in Lichtenberg.

Der Magistrat macht bekannt, daß vorläufig Eier Montag, Dienstag und Mittwoch jeder Woche nur auf die blauen oder grünen Fleischkarten, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag nur auf die gelben Fleischkarten abgegeben werden dürfen. Auf jeden Fleischkartenabschnitt können nicht mehr als zwei Eier entnommen werden. Gültig für die Entnahme von Eiern ist in der Woche vom 12. Juni ab der Fleischkartenabschnitt 15. Die Abtrennung des Fleischkartenabschnitts beim Eierbezug entwertet die Fleischkarte nicht für den Bezug von frischem Fleisch und von Waren aus den städtischen Verkaufsstellen.

## Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Lichterfelde

am 6. Juni beabsichtigte sich mit den Eingriffen des Kreisvorstandes von Teltow-Beeskow, der bekanntlich androht hat, auf Grund des Beschlusses betreffend Beitragsperre eigenmächtig Funktionäre wählen zu lassen bezw. einlegen zu wollen. Die an ihn ergangene Einladung zu dieser Versammlung hat er durch Abwesenheit quittiert. Die Versammlung stellte fest, daß der Beschluß dahin lautet: Für den Fall, daß keine ordnungsgemäße Kreisgeneralversammlung mit ordnungsgemäher Neuwahl des Kreisvorstandes zustande kommt, sollen keine Beiträge mehr an den jetzigen Kreisvorstand abgeführt werden. Es sei doch bisher in der Parteigeschichte noch nicht vorgekommen, daß irgendeine Instanz über die Köpfe der Mitglieder hinweg eigenmächtig Funktionäre einlegen will. Die Versammlung war der Ansicht, daß dieses statutenwidrige Verhalten des Kreisvorstandes unter keinen Umständen geduldet werden darf, um die Partei vor Zersplitterung und Verödung zu schützen. Die Versammelten waren sich darüber einig, daß es in diesem Punkte kein Zurückgeben geben darf. Die Anwesenheit eines als Gast anwesenden Genossen, den Beschluß betr. Beitragsperre rückgängig zu machen, wurde bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

## Parteiveranstaltungen.

Neukölln. Um eine sehr wichtige Besprechung der Funktionäre zu ermöglichen, muß der Juniabend verlegt werden. Der nächste Juniabend findet deshalb für Neukölln am Mittwoch, den 21. Juni, statt.

Wilmersdorf. Anstatt des Juliabends findet am 14. Juni Generalversammlung bei Schilling statt. (Siehe Anzeige.)

Treptow. Mittwoch, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Juniabend bei Schulz, Korfesdamm 6.

Britz. Gudow. Mittwoch, den 14. Juni: Gemeinsamer Juniabend bei Weisheit, Gudower Str. 67.

Niederschönhausen. Nordend. Mittwoch, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Nettig, Blankenburger Str. 4, die Fortsetzung der Generalversammlung statt. Bericht der Vertreterin vom Lebensmittel-Ausschuß; Neuwahlen des Vorstandes. Mitteilungsblatt legitimiert.

Lankwitz. Mittwoch, den 14. Juni: Gemeindefürsorglicher Juniabend bei Dahn, Koller-Bühnen-Str. 67.

Steglitz. Mittwoch, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Juniabend bei Schellbasse, Steglitz, Hornstr. 15a. Der Siedender Orchester tagt bei Jacobs, Stephanstr. 9.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Wm. Verbe, Friedrichstr. 112: Mitgliederversammlung. Reichstagsabgeordneter Kurt Stadthagen erstattet Bericht über seine Tätigkeit im Reichstage. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins.

## Briefkasten der Redaktion.

S. N. 100. Der erste der von Ihnen genannten Herren ist D. H., der zweite war bei Ausbruch des Krieges 47 Jahre alt. — H. H. S. Sophie. Ihrer Frau steht die Reichswochenhilfe zu, wenn Sie zur Zeit der Geburt des Kindes schon Kriegsteilnehmer waren. Der Antrag muß bei der Gemeindebehörde, in der Ihre Frau ihren Wohnsitz hat, gestellt werden. — M. A. 76. 1. Die Buchstabenbezeichnung kennen wir nicht, wahrscheinlich soll es U sein und bedeutet: Untauglich; die Zahl bedeutet sehr unangenehm oder mit dem Knochen verwachsene Knochen, welche die Gebrauchsfähigkeit des betreffenden Körperteils verhindern. 2. Nein. — N. 100. Wenn Sie den Kaufpreis erbringen können, werden Sie zur Umkehrung der Vaterschaft nicht verurteilt werden. — A. R., Seeliger Straße. Eine solche Bestimmung ist hier nicht enthalten. — Hans 1915. 1. Nein. 2. An das Vormundschaftsgericht. 3. Sie können den Antrag persönlich beim Gericht einreichen. — A. M. Nicht bekannt. — Wols 6. Kriegskinderpende deutscher Frauen, Privatamt der Frau Kronprinzessin, Potsdam.

## Deutscher Holzarbeiterverband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578.

Bureau: Rungestraße 30.

Freitag, den 16. Juni 1916, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen betreffs Anschluß des paritätischen Arbeits-Nachweises an den Zentral-Verein für Arbeits-Nachweis. Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahnstube Berlin.

Bureau: Engelauer 14/15, part. — Telephon: Amt Moritzplatz Nr. 8430. Geöffnet: Vorm. v. 10-12, nachm. v. 4-7 Uhr, Dienstag nachm. geschlossen.

Mittwoch, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Becker, Weberstr. 17:

## Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung

der in der Schuhindustrie beschäftigt. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Der Ledermangel in der Schuhindustrie und seine Folgen für die Arbeiterklasse. Referent: Kollege P. Hamacher. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes. Näheres Erscheinen erwartet.

Die Ortsverwaltung.

## Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

Die Antwort des Arbeitgeberverbandes auf unsere Forderungen.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Der Vorstand.

## Für Rheumatiker und Nervenleidende.

Von schrecklichen Muskelschmerzen befreit. Herr Ernst Benz, Jorkau, schreibt u. a.: „Ich bezeuge hiermit, daß ich nach dem Gebrauche von Togat-Tabletten von meinen schrecklichen Muskelschmerzen im Oberarm und Achselgelenken befreit bin und sage Ihnen meinen herzlichsten Dank dafür. Ich hatte vorher viele verschiedene Einreibungen gebraucht, jedoch ohne Erfolg.“ Täglich werden ähnliche und noch schmerzlichere Fälle von Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Rheuma, Schiela, Gegenstich, Wisk, Nerven- und Kopfschmerzen durch Togat-Tabletten beseitigt. Ein sofortiger Versuch liegt im eigenen Interesse. In allen Apotheken erhältlich.

**GARBÁTY**  
CIGARETTEN

DEUTSCHES FABRIKAT  
TRUSTFREI

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Auswärtige Gebisse in 1 Tag! Zahnschmerzbeilegung. Krauses Zahnpräparat. 20 Jahr. Praxis. Reparatur sofort! Pfingststr. 56, Ecke Dresdener.

## Eisenmoorbath Pretzsch a. Elbe

Auffallende Heilerfolge bei Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven- und Frauenleiden. Billigste und beste Verpflegung in der Kriegszeit, da in der Gegend nur Landwirtschaft. Anerkannt guter, billiger und angenehmer Erholungsort. Angelsport, Flußbäder usw. Keine Kurtaxe. Prospekte durch die Badeverwaltung.

## Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs- störung. Teilzahlung. Sprechstunden: 10-1 und 5-8

**Metzner**  
Kinderwagen-Welthaus

Metall-Bettstellen  
Kinder- und Rohr-  
Möbel - Korbbwaren  
Puppenwagen - Alle  
Kinderfahrzeuge etc.  
Größte Auswahl Berlins

Andreasstr. 23 Andreasplatz  
Brunnenstr. 85 o. Dessauerstr. 67  
Lalpalziger Str. 54, Neukölln, Dorsat. 133  
Spandau, Charlottenstr. 24a

## Spezialarzt

für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weirranke jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Sprichl. 9-11, 1/2 6-1/2, Sonntag 9-2. Honorar nach, auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer. —

## Bekanntmachung der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.

II. Nachtrag zur Sitzung der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Berlin-Mariendorf u. Umg. (Beschl. vom Auschuß am 15. Mai 1916)

§ 50 erhält als Ziffer 5 folgenden Inhalt:

„Als Woche gilt der Zeitraum von Montag bis Sonntag einschließlich.“

§ 51, Ziffer 1 und 2, und 1. Nachtrag zu § 51 erhalten folgenden Inhalt:

1. Die Beiträge für Versicherungs-schuldige sind nach Ablauf jeder Woche fällig und nachträglich vom Arbeitgeber an den vom Vorstand bestimmten Stunden bei der Kasse einzuzahlen oder kostenlos einzulösen. Als Nachtrag wird der Montag der folgenden Woche festgesetzt und ist dieser Tag auch für die Bemessung der Beiträge gemäß der §§ 519, 520 der Reichsversicherungsordnung maßgebend.

2. Der Kassenvorstand ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die fälligen Beiträge für Versicherungs-schuldige im längstens monatlichen Fristen durch Kassensboten bei der vom Arbeitgeber angegebenen Stelle abholen zu lassen. Der Vorstand ist an diesen Fristenabschnitt nicht gebunden, er kann auch vor Ablauf eines solchen die fällig gewordenen Beiträge fordern.

3. Arbeitgeber, welche die Beiträge im Wege des Schadenersatzes oder der Banküberweisung einzahlen wollen, erhalten auf ihren Antrag die Beitragsrechnung auf ihre Kosten durch die Post zugestellt.

Diese Änderungen treten mit dem Tage der tatungsmäßigen Bekanntmachung in Kraft. [209/10]

Genehmigt. Charlottenburg, den 6. Juni 1916.

Königl. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin.

(L. S.) des v. Gostkowski. Vorsitzend: Berlin-Mariendorf, 11. Juni 1916

Der Vorstand. Aug. Leip, Vorsitzend. K. Baschier, Schriftführer.

Nehme meine Praxis wieder auf. Dr. Hannemann

222/4 Kurfürstenstr. 8.

## Möbel-Plugebot.

Solide Möbelstühle liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Öffnen N. 2 an die Expedition des „Vorwärts“. Keine Kassierer.

Größe Kulanz.